

Die Landreform in Entwicklungsländern

Ihre Bedeutung für die Gesamtwirtschaft
im Kampf gegen den Hunger

Von Chr. Hofmann, Bonn

1961



Geleitwort

Die Völker der Welt stehen vor einer ihrer vornehmsten Aufgaben. Es gilt den Hunger zu bekämpfen, der vor allem in den Entwicklungsländern herrscht.

Die Ursache für die Not in vielen Entwicklungsländern liegt darin, daß sich die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nicht in gleichem Maße vergrößert wie die Bevölkerungszahl. Es ist notwendig, rasche und wirksame Hilfe zur Beseitigung dieser Ungleichgewichte zu gewähren. Wohl sind dazu Kapital und technischer Beistand erforderlich. Aber ebenso wichtig ist es, systematisch die wissenschaftlichen Grundlagen zu erarbeiten, die einen sinnvollen Einsatz der Mittel sichern. Darüber hinaus muß die Bevölkerung der entwickelten Länder mit den Problemen der jungen Nationen vertraut gemacht und ihr Interesse dafür gefördert werden.

Die vorliegende kleine Schrift beschäftigt sich mit dem gerade für Entwicklungsländer so wichtigen Agrarsektor. Sie zeigt das Wechselspiel zwischen Agrarverfassung und Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern und wägt die Möglichkeiten ab, die sich aus der Veränderung der Agrarstruktur für den Fortschritt in Land- und Gesamtwirtschaft ergeben können. Möge sie ein Beitrag sein zum Kampf gegen den Hunger und zum besseren Verständnis der Nöte der Entwicklungsländer.

Bonn, im Oktober 1961

SCHWARZ

Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Vorwort

Der vorliegenden Untersuchung liegt die Dissertation „Landreform in unterentwickelten Ländern“ zugrunde. Sie entstand auf Anregung meines verehrten Lehrers, Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Rudolf Stucken. Ich habe Herrn Professor Stucken, dem Menschen und dem Wissenschaftler, viel zu verdanken.

Mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft konnte die Arbeit bei der Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation der Vereinten Nationen (FAO) in Rom ausgebaut werden. Den Beamten der FAO, voran den Herren Dres. Rainer Schickele, Erich Jacoby und Riad Ghonemy gilt mein herzlicher Dank für die Aufgeschlossenheit, mit der sie meine Arbeit förderten.

Bonn, im August 1961

CHRISTIAN HOFMANN

Die Landreform in Entwicklungsländern¹

Ihre Bedeutung für die Gesamt-Wirtschaft im Kampf gegen den Hunger

Von Chr. Hofmann, Bonn

Einleitung

Die Länder, die in dieser Untersuchung interessieren, liegen vornehmlich in den drei agraren Kontinenten oder Subkontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika. Sie befinden sich im Anfangsstadium einer Entwicklung zu modernen Gemeinwesen: Sie sind Entwicklungsländer.

Unter Landreform wird im wesentlichen Umverteilung des Eigentums am Boden oder Besserstellung der Pächter unter Beibehaltung des Rechtsinstitutes der Pacht verstanden.

Es wird dargestellt, wie das Verlangen nach Reformen entsteht, was Landreform ist und welche Impulse sie der Landwirtschaft wie der Gesamtwirtschaft zu vermitteln geeignet ist. Die Untersuchung beschäftigt sich nur mit Ländern der freien Welt.

A. Anlässe zur Landreform

Sieht man von den Möglichkeiten der Neulandgewinnung ab, so ist wirtschaftliche Entwicklung eine Sache der Veränderung der Größe des Kapitalstockes und des Umfanges des Arbeitseinsatzes. Wirtschaftswachstum kann zweierlei Ursachen haben: technisch-organisatorische Fortschritte und Bevölkerungsvermehrung.

Demzufolge werden im Abschnitt I des Teiles A einige typische Erscheinungen der Landnutzungssysteme unterentwickelter Länder auf ihre Eignung hin geprüft, den Rahmen für wirtschaftliche Entwicklung für nationale Wohlfahrt zu bilden.

Im Abschnitt II wird dargestellt, ob und wie das Wachstum der Bevölkerung Anlaß zur Landreform wird.

I. Einige hervorstechende Merkmale der Agrarverfassungen unterentwickelter Länder vor den Reformen

1. Größe und Anlage der Betriebe

In den Ländern Süd- und Ostasiens, aber auch in Ägypten, führt die starke Bevölkerungsdichte zu einer völlig unzureichenden Größe der landwirtschaftlichen Betriebe. Sehr häufig sind die Bauernstellen zu klein, um auch nur ein Minimum an Subsistenz-

¹ Dem Beitrag liegt eine vom Verfasser unter dem Thema „Die Landreform in unterentwickelten Ländern“ am staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Erlangen durchgeführte Untersuchung zugrunde. Sie wurde von Professor Dr. Dr. h. c. R. STUCKEN angeregt und betreut. Die Arbeit wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft finanziell unterstützt und genoß die Förderung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO).

sicherung zu gewähren². (An technisch-optimale Betriebsgrößen ist in den meisten Fällen gar nicht zu denken.)

Die unzureichenden Betriebsflächen fördern nun ihrerseits die Ungleichheit der Bodenverteilung, sie führen zur Konzentration von Grundeigentum in der Hand weniger Großbesitzer. „Kümmerbetriebe“ (G. WEIPPERT), die ihren Mann nicht ernähren, geraten leicht durch Überschuldung in den Besitz der Kreditgeber, seien dies nun große Grundherren oder gewerbsmäßige Geldverleiher. Wenn nun der „Landlord“ sein Eigentum gutmäßig bewirtschaftet, so verstärkt sich möglicherweise der Druck auf den Boden. Je größer aber die Ungleichheit der Eigentumsverteilung, um so höher wird die Zahl der Betriebe, die unter der Minimalgröße liegen, denn eine gleiche Anzahl Bauern bewirbt sich um eine verkleinerte Fläche. Wird das Grundeigentum hingegen parzellenweise oder in Form von vielen Kleinbauernstellen verpachtet, so verkleinert sich die Durchschnittsfläche der Höfe beim Übergang des bäuerlichen Eigentums an Grundherren nicht. Aber das Einkommen der Pächter wird durch üblicherweise sehr hohe Pachtforderungen verkleinert.

Zahlen zur Verdeutlichung der Betriebs- und Eigentumsstruktur dieser Länder können hier nicht angegeben werden. Es wird auf die Literatur verwiesen (78, S. 9; 23, S. 100; 49, S. 65; 18, S. 43; 52 aufgeführt bei 78, S. 9; 11, S. 481).

Aufs Ganze gesehen sind die unökonomisch kleinen Betriebe eine typische Erscheinung der dicht besiedelten Entwicklungsländer. Aber auch in den Staaten Südamerikas findet man viele kleine Wirtschaften. Dabei ist die Besiedlung dieses Kontinentes teilweise dünn, und die einzelnen Länder haben große Reserven kulturfähigen Landes (vgl. 25, Production 1953, Vol. VII, Part. I, S. 4 und 13 ff.). Der Grund ist vor allem darin zu suchen, daß das Land, ob kultiviert oder nicht, vergeben ist. Der Großteil des Bodens befindet sich in der Hand weniger Eigentümer (vgl. z. B. 78, S. 12).

Es gibt in diesen Ländern kein ausgeglichenes Spiel von Groß- und Kleinbetrieben. Die bäuerlichen Gehöfte drängen sich zwischen der Masse der Latifundien oder abseits auf unergiebigem hängigen Höhenlagen (78, S. 10). Selbst in so wohlentwickelten Ländern wie Italien sind Landstriche zu finden, deren Agrarstruktur ähnlich extreme Züge aufweist (22, S. 16).

Landnot und die damit verbundenen unökonomisch kleinen Betriebsflächen bringen ein weiteres Übel mit sich: die Bodenzersplitterung. Schon bei der Begründung der Siedlungen wurden vielfach Felder in verschiedenen Flurteilen angelegt, um die unterschiedlichen Bodenbonitäten etwas auszugleichen. Ursprünglich mögen diese Feldstücke von ausreichender Größe gewesen sein. Die Vermehrung der Bevölkerung führte aber zu einer immer weitergehenden Aufteilung der Parzellen, sei es im Erbgang, sei es aus sonstigen Anlässen.

Bodenzersplitterung findet man in Ländern aller Entwicklungsstaaten. In Asien ist diese Realteilung des Landbesitzes nicht nur eine Regel, die sich notwendig aus dem starken Bevölkerungszuwachs und dem Fehlen anderweitiger Erwerbsmöglichkeiten ergibt. Sie entspricht, wie E. JACOBY (40, S. 21) in einer vielbeachteten Untersuchung schrieb, auch den Anschauungen der beiden Hauptreligionen Vorder- und Südasiens, des Hinduglaubens und des Islams.

Die Flächen dieser Splitterparzellen sind heute oft von solcher Winzigkeit, daß sie ein ernstes Hindernis für eine rationelle Bewirtschaftung darstellen. Der Bauer ist länger unterwegs, als er auf den Feldern arbeiten kann. Nach R. M. GHONEMY fiel die Produktionsleistung der ägyptischen Landwirtschaft zwischen 1939 und 1950 u. a. aus diesem Grunde um 9 bis 25 v. H. (34, S. 5).

C. VON DIETZE schreibt, daß große Flächen in Indien brach liegenbleiben, weil

² Es gibt allerdings keinen allgemeingültigen Maßstab für Mindestgrößen. Dieses Minimum wird bestimmt (bei gegebenem Lebensstandard) durch die Intensität der Bodenbearbeitung und die zur Verfügung stehenden technischen Hilfsmittel. Ein Stück bewässertes Land mit zwei Ernten im Jahr kann in heißen Klimata sechsmal mehr Ertrag bringen als ein gleich großes Trockenfeld (vgl. 78, S. 6, sowie 5, S. 84).

die Aufspaltung stellenweise ein solches Ausmaß erreicht hat, daß die Leute es nicht mehr für wert finden, die kleinen Flächen zu bewirtschaften (20, S. 535).

2. Formen des Grundeigentums

a. Landwirtschaftliches Kleineigentum

Das kleinbäuerliche Individualeigentum spielt in der Reihe der Erscheinungen der Agrarverfassung die unscheinbarste Rolle. Die Zahlen für Persien z. B. zeigen, daß sich in diesem Lande nur 15 v. H. der Nutzfläche in bäuerlichem Eigentum befinden. Die iranischen Verhältnisse sind nach Ansicht einiger Forscher typisch für den Großraum „Mittlerer Osten“ (30, S. 293).

Eine größere Bedeutung scheint das bäuerliche Eigentum auf den ersten Blick in Indien zu haben. Nach S. G. MADIMAN gehörten im Jahresmittel 1936/38 von der Gesamtfläche Britisch-Indiens 36 v. H. dem sogenannten „Ryotwari-System“ an (46, S. 32). Es handelt sich dabei um eine Besitzform, bei der der Bauer die Grundsteuer an den Staat als Obereigentümer des Bodens zu zahlen hat (12, S. 451). „Man könnte“, so schreibt SCHILLER (68, S. 387), „in Analogie zu den Erscheinungen unserer mittelalterlichen Grundherrschaft vom Bauer mit guten Besitzrechten sprechen, insofern als die Rechte am Land vererbt, übertragen oder sonst veräußert werden können und so lange gesichert sind, wie der Bauer seinen steuerlichen Verpflichtungen nachkommt“.

In der Vergangenheit hat sich aber unter dem Ryotwari-System ein gesunder Bauernstand so wenig entwickeln können wie unter dem anderen der beiden wichtigsten indischen Agrarsysteme, dem der Zamindari³. Der Orientale – gleich, ob er viel oder wenig Boden hat – ist nämlich bestrebt zu verpachten, andere für sich arbeiten zu lassen. Es ist deshalb fehl, generell von kleinbäuerlichem Eigentum zu sprechen. Es handelt sich weithin ganz einfach um Kleineigentum am Boden, aus dem man das Beste zu machen bestrebt ist. Die Vorstellung, daß bäuerliches Eigentum „Sand in Gold“ verwandele (ARTHUR YOUNG), setzt eine bestimmte Geisteshaltung, ein ganz besonderes, positives Verhältnis zur manuellen Arbeit voraus. Dies war im Orient bisher, bedingt durch religiöse Überlieferungen, nicht immer gegeben.

Der selbstwirtschaftende Kleineigentümer ist auch deswegen im allgemeinen nicht besser situiert als der Pächter, weil sich Kredit- und Marktorganisationen in den Händen der Geldverleiher und ihrer Mittelsmänner befinden. Sie beherrschen auch den kleinbäuerlichen Eigentumsbetrieb (vgl. 42, S. 155 sowie 12, S. 451).

b. Nicht gutsmäßig (dezentral) verwaltetes Großgrundeigentum

In den Ausführungen über das Pachtwesen (vgl. A. I. 3.) wird zu sehen sein, daß in Entwicklungsländern das Teilbausystem eine überragende Bedeutung hat, ein System, bei dem der Pächter eher höriger Landarbeiter denn Bauer ist.

Das notwendige Pendant zu diesem Pächter-Untertan ist der Mann, dem der Grund gehört. Er nennt meist nicht nur ein oder zwei Parzellen oder einen Bauernhof sein eigen. Im Gegenteil, wir haben es hier manchmal mit wirklich bedeutenden Ansammlungen von Grundbesitz zu tun. Die Parzellen werden nicht zu Großgütern vereinigt und als Betriebseinheit bewirtschaftet, sondern kleinbetrieblich verpachtet. Dieses Phänomen des nicht gutsmäßig verwalteten Großgrundbesitzes hat einige interessante Seiten:

³ Das Zamindari-System ist dadurch gekennzeichnet, daß zwischen dem Obereigentümer Staat und dem Bauern der Zamindar als Steuereinknehmer eingeschoben ist. Die Lage des Bauern unter diesem System war nicht viel anders als die des Ryot, nur eben zahlte er nicht Steuer an den Staat, sondern Pacht an den Zamindar. Neuerlich, seit der Abschaffung des Zamindari-Systems durch die indische und pakistanische Landreform, muß auch dieser Pächterbauer als Eigentümer angesprochen werden, denn er hat nun die gleichen Rechte wie der Ryot.

Der Eigentümer hat die Möglichkeit, bei seinem Teilpächter das Betriebsgeschehen weitgehend zu bestimmen. Er kann daher überbetriebliche agrartechnische und ackerbauliche Maßnahmen durchführen und der Allgemeinheit dienende Investitionen instand halten lassen. Zu denken ist z. B. an Bewässerungsanlagen, Wege oder kleinere Brücken, für deren Instandhaltung der einzelne von sich aus kein Interesse aufbringt. Das nichtgutsmäßige Großgrundeigentum kann sich als Instrument überbetrieblicher, ja manchmal gebietlicher Zusammenarbeit darstellen.

Der Großeigentümer, der hohe Pachtforderungen eintreibt, zieht einen breiten Strom von Einkommen auf sich. Er ist der Potenz nach in der Lage, Ersparnisse zu bilden, Kapital für Investitionszwecke in landwirtschaftlichen und *nicht* landwirtschaftlichen Bereichen zur Verfügung zu stellen. Er kann zu einer Art Kapitalstelle werden. Meist aber betrachten die Verpächter ihre Besitztümer nicht als Objekt für gewinnbringende Investitionen, sondern als Rentenquelle (vgl. 31, S. 110; 58, S. 89)⁴.

Außerdem entsteht der Landwirtschaft der Entwicklungsländer durch den sog. „Absentismus“ der Eigentümer schwerer Schaden. Die Herren leben in den großen Städten und überlassen die Aufsicht über die Ländereien Verwaltern und Zwischenpächtern. Jeder hat nur das eine Interesse, sich zu bereichern.

Zusammenfassend ergibt sich: Das nichtgutsmäßig betriebene Großgrundeigentum hat zwar seine Funktion innerhalb einer statischen Wirtschaft. Bei dem Versuch, diese statische Wirtschaft in eine evolutorische zu verwandeln, erweist es sich aber oft als fortschrittsfeindlich.

c. Gutsmäßig (zentral) verwaltetes Großgrundeigentum

In dichter besiedelten tropischen Ländern findet man häufig eine Großbetriebsform, die gutsmäßig unter zentraler Leitung verwaltet wird. Man wirtschaftet im allgemeinen mit großem Aufwand an Arbeit und Kapital. Bei der hohen Intensität der Bodenbearbeitung sind erkleckliche Flächenerträge und hohe Produktivität der Faktoren typische Kennzeichen (78, S. 21).

Häufige und heftige Angriffe, die gegen die *Plantagen* geführt werden, entspringen meist sozialen Überlegungen. Zuckerplantagen, um ein Beispiel zu nennen, wurden und werden in Krisenzeiten aus Mangel an Absatzmöglichkeiten stillgelegt. Die Folge ist eine anwachsende Arbeitslosigkeit.

Die Tatsache der Krisenempfindlichkeit der Plantagen nimmt man zum Anlaß, eine Landreform zu fordern. Man hofft, damit die Anfälligkeit für Arbeitslosigkeit herabzusetzen. Mit der Zerschlagung der Gutsbetriebe ändert sich aber die Konjunkturabhängigkeit des Produktes nicht. Zum andern wird mit der Auflösung ökonomisch richtiger Betriebseinheiten auch die bislang hohe Produktivität gefährdet und damit das Einkommen, das man verbessern wollte.

Eine Verringerung der Anzahl der Plantagen scheint nur dann sinnvoll, wenn es gelingt, die Erzeugung von Waren voranzutreiben, die einerseits weniger krisenempfindlich sind und andererseits eine vergleichbare Faktorenproduktivität und Intensität des Einsatzes zulassen.

In dünner besiedelten Ländern mit halbtrockenen Steppengebieten findet sich eine andere Form zentralgeleiteten Großgrundeigentums, nämlich die „*Getreidefabrik*“. Ein hervorstechendes Beispiel dieser Kategorie sind die Großunternehmen in der Djezireh im Norden Syriens. Diese Betriebe arbeiten meist mit den modernsten Maschinen und kommen dabei mit wenig bezahlten Arbeitskräften aus (74, S. 103). Auch gegen diese äußerst produktive Betriebsform ist ökonomisch nichts einzuwenden.

Dünn besiedelte Teile Lateinamerikas erhalten ihr Gepräge durch eine andere Art

⁴ Japan ist insofern eine Ausnahme, als sich hier eine Schicht von Verpächtern offenbar ihrer gesamtwirtschaftlichen Aufgabe bewußt war (vgl. 61, S. 131 ff.).

von Großgrundbesitz, die *Latifundie*. Sie weist im allgemeinen keine voll befriedigende Bewirtschaftung auf. Das Interesse an ihr ist selbst beim Besitzer, noch mehr aber bei den Güterbeamten, nicht sehr lebhaft. Der Eigentümer hängt in seiner wirtschaftlichen Stellung nicht von der Größe des Ertrages des einzelnen Grundstückes ab. Die weiten Flächen decken unter allen Umständen reichlich seinen Bedarf, und zwar auch einen Luxusbedarf (72, S. 42).

Die Latifundien verhindern die Bildung von Klein- und Mittelbetrieben. Sie haben eine „institutionelle Monopolsituation“ (DOREEN WARRINER) inne. Sie kontrollieren die Verwendung des Bodens (nicht aber eigentlich den Bodenpreis oder die Grundrente). Das Ziel ist, die Löhne tief zu halten (85, S. 332). Diese institutionelle Monopolsituation ermöglicht darüber hinaus politische Vormachtstellungen und gesellschaftliche Vorrechte zu halten und auszubauen. Wir haben Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen vor uns, die, soweit der Agrarsektor in Frage steht, nicht auf Vertrag, sondern auf Status basieren: Feudal-Systeme.

d. Gemeineigentum

Gemeinsames Grundeigentum sesshafter Dörfler und Halbnomaden existiert in einer Fülle von Formen in allen Teilen der Welt. Fast alle Arten aber sind dadurch gekennzeichnet, daß das Land der sozialen Gruppe zu eigen ist, aber individuell genutzt wird. Die genau abgegrenzten Rechte des einzelnen sind auf Nutznießung gerichtet, sie wirken nicht absolut. (So ist die Ausübung in *absentiam* zumeist nicht möglich.)

In der Regel ist Gemeineigentum mit irgendeiner Art von Umlagewirtschaft verbunden, d. h. das Land wird nicht ständig zum Ackerbau herangezogen. In einem mehrjährigen Zyklus werden immer andere Teile der Flur unter den Pflug gebracht. Das Land kann während langer Pausen ausruhen. In Nigeria soll beispielsweise ein 7jähriger Zyklus üblich sein. Die Flächen, die nicht unter dem Pfluge sind, dienen als gemeinsame Weide.

Gemeineigentum ist von vielen Gefahren bedroht. Eine Hirtengesellschaft kann, wie HERSKOVITS an einigen Beispielen Ostafrikas zeigt, vollkommen aus dem Gleichgewicht geraten, wenn die bisherige „Subsistenzwirtschaft“ zu einer „Prestigewirtschaft“ entartet (36, S. 235). Vieh verleiht dort nämlich soziales Prestige; je mehr Vieh, um so höher das Ansehen. Wenn nun die Herden größer werden und an die Leistungsgrenzen der Böden stoßen, dann stellen sich Schäden ein, die nicht nur das Land, sondern die ganze Hirtengesellschaft ruinieren können.

Das Areal für die Umlagewirtschaft wird von mehreren Seiten her eingeengt. Da ist zunächst der massenhafte Anbau perennierender Pflanzen zu Verkaufszwecken (Kakao, Kaffee, Zucker u. a.). Das dazu verwendete Land wird dem Siebenjahres-Zyklus (im Falle Nigeria) entzogen und einseitig in Monokultur bewirtschaftet. Auch die Niederlassungen der weißen Siedler schmälern das Land, das den Umlagewirtschaften der Eingeborenen zur Verfügung steht, während sich gleichzeitig die Negerbevölkerung stark vermehrt.

Besonders einschneidende Wirkungen auf die alte Agrarverfassung hat der Übergang vom Naturaltausch zur Geldwirtschaft. Dieser Wandel bewirkt eine Aufspaltung der Großfamilien und des gesamten bisherigen sozialen und ökonomischen Systems der Gemeinschaft (78, S. 29)⁵.

Hinzu kommt etwas sehr Wichtiges: Die Einführung der Verkaufsfrüchte, mit denen ja die Geldwirtschaft kommt, bringt die Tendenz zum individuellen Grundeigentum mit sich. Der Besitzer lebender Pflanzen kann anderen die Nutzung dieser Gewächse überlassen, indirekt also das Land. Sind diese Pflanzen von mehrjähriger Lebensdauer, so ist ihr Besitzer über viele Jahre hin in der Lage, die Nutzung des

⁵ Diese Vorgänge sind nicht etwa auf Afrika beschränkt (vgl. z. B. 18, S. 132).

Landes zu vermitteln. Er verpachtet quasi das Land, solange die Pflanzen leben. Hier wird eine Art individuellen Bodeneigentums etabliert.

In vielen Gebieten Afrikas scheint sich ein erstaunlich schneller Übergang zu individuellem Bodeneigentum zu vollziehen. Es ist daher sicher richtig, wenn die Verfasser des bereits mehrfach erwähnten UNO-Berichts über die Landreform (78, S. 29) schreiben, daß diese traditionellen Systeme der Agrarverfassung nicht per se ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung sind. Leider taucht im Augenblick der Entstehung von Privateigentum, Teilbau und Absentismus der Eigentümer auf. Es besteht die Gefahr, daß sich eine Gesellschaft bildet, die auf völlig ungezügelter Eigentum basiert (41, S. 62). Auch das Problem der Bodenfruchtbarkeit ist sehr ernst. Die Erhaltung der „alten Kraft“ ist nämlich nicht nur bei einer überzogenen Umlagewirtschaft schwierig, sondern ebenso bei der Monokultur anspruchsvoller Verkaufsfrüchte.

3. Pachtwesen

a. Verbreitung der Pacht

Besonders in dicht besiedelten Ländern spielt das Pachtwesen eine große Rolle. Man vermutet, daß in Indien etwa die Hälfte des Landes von kleinen Pächtern bewirtschaftet wird (41, S. 62). Ganz ähnliche Verhältnisse waren vor den großen Reformen der jüngsten Vergangenheit auch in Burma, China, Japan und Formosa anzutreffen (52, S. 25). In Japan besaßen am 1. August 1947 nur 36,5 v. H. der Bebauung der Grundstücke volles Eigentumsrecht. Die übrigen waren Pächter aller Schattierungen (vgl. z. B. 76, S. 162). In Korea schätzte man den Anteil der Pächter an der Gesamtzahl der Landwirte für das Jahr 1945 auf 70 v. H. (11, S. 481), im Malayischen Bund für das Jahr 1951 ebenfalls auf 70 v. H. (2, S. 176 ff.).

Auch in den Ländern des Vorderen Orients nimmt die Pacht eine hervorragende Stellung in der Agrarverfassung ein (vgl. 74, S. 10). Die Entwicklung in Ägypten ist nach MAREI (48, S. 250) an folgenden Zahlen abzulesen: 1939 umfaßte die Pachtfläche 17 v. H. der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, 1949 dagegen 60,7 v. H. Im Iran soll dieser Anteil etwa 63 v. H. betragen (81, S. 5 u. S. 23; 4, S. 96). Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen.

In fast allen orientalischen Ländern bleibt es nicht bei einer einmaligen Verpachtung. Der Pächter gibt das Land weiter an den Unterpächter, dieser an den Unterpächter. Schließlich findet sich doch ein Landarbeiter, der bereit ist, die Arbeit zu erledigen. Diese Zustände sind nicht nur auf die Knappheit der Böden zurückzuführen. Sie scheinen auch einen religiösen Hintergrund zu haben.

Zwar überliefert ANAS-IBN-MALIK, Mohammed habe von den Verdiensten derer gesprochen, die säen und Bäume pflanzen. Aber ABU-UMANA-AL-BAHLI (8, S. 91) hinterläßt eine andere Äußerung des Propheten, der als Städter natürlich voll Verachtung auf die landgebundenen Fellachen herabsah. Mohammed, auf einen Pflugweisend, soll gesagt haben: Wo solche Dinge in Wohnung und Familie hineinkommen, da lasse Gott gleichzeitig Demütigungen mit eintreten. Die französischen Übersetzer der „Traditionen“ fügen erklärend hinzu, daß sich auch damals die an den Boden gebundenen Fellachen nicht den Übergriffen der Herrschenden haben entziehen können. Nomaden und Städter hingegen seien jederzeit entkommen.

Die muselmanischen Grundherren, zu Wohlstand gelangt, suchten ihren Reichtum in angenehmer Umgebung, in Städten und Badeorten zu genießen. Mohammed aber hatte immer wieder zu bescheidener Lebensführung gemahnt. Nun erinnerte man sich mit Vergnügen des Ausrufes des Propheten. Die Äußerung bekam eine Patina des Religiösen. Unterverpachtung und Absentismus währte man fürderhin der Billigung des Propheten sicher (44, S. 331).

Selbst in Südamerika ist die Pachtung als Form des Landbesitzes weit verbreitet. In Argentinien sollen 60 v. H. des Landes unter Pachtstatut bewirtschaftet werden. Eine geringere Rolle wird ihr in Brasilien zugeschrieben, doch spricht man davon, daß der Teilbau in den Baumwoll- und Reisdistrikten zunimmt (71, S. 251; 78, S. 10).

Das Bestehen der Pacht ist keineswegs von vornherein ein Mangel der Agrarverfassung. Die Pacht ist das einfachste Mittel, um bei individueller Wirtschaft die vorhandenen Arbeitskräfte an die Betriebsfläche anzupassen. Abzulehnen ist hingegen die ungesunde Form, die sie in vielen Teilen der Welt annimmt.

b. Formen der Pacht

In Asien ist es weithin üblich, daß der Verpächter einen bestimmten Anteil der Ernte (zumeist in natura) einfordert. Die Höhe dieses Anteils richtet sich nach dem örtlichen Brauch oder, wenngleich selten, nach gesetzlichen Bestimmungen. Sie hängt weiter davon ab, ob der Verpächter außer dem Grundstück etwa auch Kapital stellt. So ist z. B. in Persien üblich, daß die „fünf Produktionsfaktoren“ Arbeit, Boden, Wasser, Saatgut und Zuchttiere mit je einem Fünftel am Ernteertrag beteiligt sind (30, S. 303). Steuert der Pächter nur seine Arbeit bei, so muß er mit einem Fünftel der Ernte zufrieden sein. Bei schlechter Ernte droht unweigerlich Verschuldung. Der Pachtpreis bleibt natürlich auch von der Nachfrage nach Grundstücken nicht unbeeinflusst. Je größer die Landnot, um so höher steigen die Pachtpreisforderungen (vgl. 48, S. 250; 78, S. 15).

Sehr häufig fordert der Grundherr, wenn er neben dem Boden auch Kapital stellt, ein gewichtiges Mitspracherecht bei der Betriebsführung. Dieses „Teilbau“-Verhältnis, wie man es nennt, ist geeignet, ein soziales Abhängigkeitsverhältnis zu schaffen. Der Pächter ist Untertan, nicht gleichberechtigter Vertragspartner. Diese Pachtform kann dem Fortschritt dienen, wenn der Grundherr dem Betrieb die Initiative beisteuert, die dem Pächter fehlt. Auch besitzen Teilbaubetriebe eine beträchtliche Krisensicherheit, denn die Abgaben an die Eigentümer machen eine feste Quote am Rohertrag aus.

Auf europäische Verhältnisse bezogen, wird es als ein Vorteil des Teilbaues betrachtet, daß die Eigentümer – in wechselndem Maße – das bewegliche Inventar bereitstellen. Der Landwirtschaft fließen damit von außen Mittel zu, die Kapitalversorgung ist erleichtert (7, S. 459). Davon kann in Entwicklungsländern keine Rede sein. Die Eigentümer pumpen in der Regel nicht Kapital in ihre Güter, sondern sie leiten es ab. Sie reinvestieren nur soviel, wie zur Erhaltung der Rentenquelle notwendig ist.

Außerdem verleitet das System zu extensiver Wirtschaftsführung. Man scheut Investitionen, denn der zu erwartende Mehrertrag kommt dem Investor, ob Pächter oder Eigentümer, nur zu einem Teil zugute. Zu einer Abstimmung zwischen Eigentümer und Teilbauer kommt es aber nicht, gebricht es doch vollständig an Vertrauen und Dauerhaftigkeit im gegenseitigen Verhältnis. Jeder will nur holen.

Manchmal hofft man, der Teilbau sei eine Chance für den Landarbeiter, der Schritt um Schritt zum Eigentümer aufsteigen will. Da ist wohl wenig Hoffnung. Zwar nimmt der Teilbau zu, aber in der Regel nicht, weil Landarbeiter aufsteigen, sondern weil Kleinbauern ihr Eigentum verlieren und absinken. Der Teilbau bringt patriarchalische, feudalistische Verhältnisse mit sich, die einer statischen Gesellschaft angemessen sein können, sich aber in einer evolutorischen als spannungsreich und brüchig erweisen.

Der Pachtschilling ist manchmal in einer genau von vornherein festgelegten Anzahl von Leistungseinheiten zu erbringen. Er kann in Form von Geld, Naturalien oder Arbeit entrichtet werden. Dieser fixierte Pachtschilling kommt im Vergleich zum anteiligen weniger häufig vor. Immerhin spielt die fixierte Geld- und Naturalpacht in Ägypten, Teilen von Indien (für gewisse Kulturen) (78, S. 16) und einigen Provinzen Burmas (76, S. 162) eine gewisse Rolle. In Japan war die fixierte Geldpacht vor der großen Reform nach dem zweiten Weltkriege sogar die vorherrschende Form. In Lateinamerika dagegen ist der auf Arbeitsleistung gerichtete Pachtschilling weit verbreitet.

Die Pacht mit fixiertem Pachtschilling bringt zwar in schlechten Jahren ein ver-

mehrtes Risiko für den Pächter mit sich, denn er trägt den Schaden allein, im Gegensatz zum Teilbauer. Aber andererseits enthält sie einen starken Anreiz für den Pächter zur Leistungssteigerung; der Mehrertrag kommt allein ihm zugute. Die Fixpacht ist also durchaus fortschrittsfreundlich, sofern der Pächter hinsichtlich Pachtdauer und ähnlichen Dingen einige Sicherheit hat. Ist der Besitz des Pächters am Grundstück unsicher, so kann er keinen Aufwand riskieren. Der von der Ernte unabhängige Pachtschilling führt dann zu einer verstärkten Knebelung des Pächters.

Bis vor kurzem waren die Rechte und Pflichten, die sich aus Pachtverhältnissen ergeben, fast durchweg nicht gesetzlich geregelt, sie waren Brauch und Gewohnheit überlassen oder sind es noch. Die Pächter befinden sich zumeist in einer bemerkenswert unsicheren Position. Die Verträge wurden vor den Reformen meist nur auf ein Jahr festgelegt. Sie konnten also jederzeit gekündigt werden. Untersuchungen, die man während der 30er Jahre in Indien angestellt hatte, kamen zu dem Ergebnis, daß nur ein Viertel bis ein Drittel der Pächter länger als drei Jahre wirtschaftete. Der Anteil derer, die nicht länger als ein Jahr bleiben durften, wurde mit einem Sechstel bis zur Hälfte aller Pächter angegeben (78, S. 17).

In der erbärmlichsten Unsicherheit leben die Arbeitspächter in Südamerika. Sie sind nicht einmal durch Überlieferungen geschützt.

4. Zusammenfassung: Ländliche Sozialstrukturen

Grob vereinfachend sind im ländlichen Bereich folgende Sozialstrukturen zu unterscheiden:

Da ist zuerst der Bereich des *Gemeineigentums* auf stammesmäßiger, dörflicher oder familiärer Basis. Es bietet keinen Anlaß zu einer dekretierten Landreform, denn es löst sich meist von selbst auf oder es wandelt sich, soweit es den veränderten Umweltbedingungen nicht mehr gewachsen ist⁶.

Sodann besteht der Bereich der *kommerziellen Landwirtschaft*. Die Einheiten dieser Gruppe sind höchst leistungsfähig. Sie liefern in wirtschaftlicher Hinsicht keinen Anlaß zur Reform. Soweit Einwände gegen sie vorgebracht werden, entstammen sie sozialen Mißhelligkeiten, die normalerweise ohne Landreform ausgeräumt werden können.

Schließlich haben wir die (*patriarchalisch*)-*feudalistische Landwirtschaft* vor uns. Ihre Hauptstützen sind Latifundien, dezentral geleitetes Großgrundeigentum und in gewissem Maße landwirtschaftliches Kleineigentum mit den dazugehörigen Pachtformen. Sie sind ökonomisch ineffizient und sozial anfechtbar.

II. Agrarstruktur und Bevölkerungswachstum

Eines der bemerkenswertesten Phänomene der Entwicklungsländer ist die Progression der Bevölkerungszunahme. Man hat errechnet, daß die jährliche Durchschnittsrate der Bevölkerungszunahme in Lateinamerika künftig (1958–1980) 2,6 v. H. betragen wird, gegenüber 2,25 v. H. in der Zeit von 1936 bis 1958. Die entsprechenden Zahlen für Afrika werden mit 1,8 v. H. gegenüber 1,48 v. H. angegeben und für Asien mit 2 v. H. gegenüber 1,45 v. H. Dabei hat die Geburtenzahl nicht allgemein zugenommen. Dagegen sanken überall die Sterberaten erheblich ab, als man mit den Errungenschaften der westlichen Zivilisation (Seuchenbekämpfung, verbesserte Hygiene usw.) bekannt wurde.

Bis zum Zeitpunkt der Berührung mit dem Okzident lebten die Menschen dieser Länder harmonisch eingebaut im Kreislauf der Natur. Nunmehr wird das biologische Gleichgewicht zwischen Menschenzahl und Raum gestört. Die Bevölkerungszahl ist

⁶ Gelegentlich der deutschen Bodenbefreiung war hingegen auch die „Gemeinschaftsteilung“ ein bedeutsamer Teil der Reformen (vgl. 45, S. 90).

der erste Bereich der nationalen Existenz, der in einen auf vielen Gebieten von Europa ausgehenden Beschleunigungsprozeß hineingerissen wurde. Bisher konnte ein vorhandener Bevölkerungszuwachs auch bei statischer Wirtschaft in der Weite des Raumes untergebracht werden. Jetzt, wenn der Boden aus irgendwelchen Gründen knapp wird, müssen neue wirtschaftliche Möglichkeiten gefunden werden.

Diese Umstellung verlangt aber Rationalisierung der Lebensgewohnheiten und vernunftgemäßes Handeln, die „Entzauberung der Vorgänge, nicht nur in Pflanzen und Boden, sondern der Welt überhaupt“ (62, S. 112; vgl. auch 71, S. 249). Es ist dringend geboten, einen Beschleunigungsprozeß der Erziehung und Ausbildung anzukurbeln.

Nunmehr ist zu untersuchen, ob der eben skizzierte demographische Tatbestand Anlässe zur Landreform bietet oder geboten hat.

Diese Frage ist hier unter verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten, und zwar unter einem produktions- und beschäftigungspolitischen und einem verteilungspolitischen. Daneben sind sodann noch kurz einige allgemeinpoltische Gesichtspunkte zu beleuchten.

1. Produktions- und beschäftigungspolitischer Gesichtspunkt

Der primären Aufgabe des Agrarsektors, Nahrung für die wachsende Zahl der Menschen zu schaffen, werden Plantagen und Getreidefabriken prinzipiell gerecht. Beide Typen arbeiten nach dem Grundsatz optimaler Faktorenkombination. Ein steigendes Angebot an Faktor Arbeit wird (zwar über veränderte Faktorenpreise) zu einer Neukombination der Produktionsfaktoren führen und tendenziell, im Rahmen eines abnehmenden Ertragszuwachses, Produktionssteigerungen mit sich bringen.

Anders liegen die Dinge bei Latifundien und nicht zentral geleitetem Großgrund Eigentum. Hier fehlt bis dato ganz einfach der Impuls zu Leistungssteigerungen. Auch ein vermehrtes Angebot an Arbeit führt meist nicht zu einer Neukombination der Faktoren. Die Produktionsstruktur ist zu unbeweglich, um der Dynamik der Bevölkerungsbewegung gerecht werden zu können. Sofern die zusätzlichen Menschen irgendwie mit durchgefüttert werden, bildet sich „verdeckte Arbeitslosigkeit“⁷.

Bevölkerungszunahme führt hier zu Erscheinungen der Überbevölkerung, gleichgültig, wie viele Einwohner man im Lande zählt, denn unter den herrschenden Bedingungen vermindert sich die Produktionsleistung je Kopf. Die vorhandenen vorgegebenen Produktionsmöglichkeiten verteilen sich nun eben auf mehr Menschen. Versuchen diese aber doch mehr Arbeit auf den Boden zu verwenden, als bei gegebener Anbautechnik ratsam, so läßt die Bodenfruchtbarkeit nach und mithin die Produktionsleistung je Flächeneinheit. Die zunehmende Versalzung der Böden in Ägypten ist hierfür ein beredtes Zeugnis⁸.

Für Entwicklungsländer ist ein relativ kleiner nichtagrarer Wirtschaftsbereich typisch. Er ist in der Regel nicht in der Lage, den Menschenzuwachs aufzunehmen. Daher muß alles getan werden, diesen Zuwachs zunächst im Agrarsektor zu behalten und vernünftig zu beschäftigen. Wohl ist auf lange Sicht eine Beseitigung des Bevölkerungsdruckes nur durch eine weitgehende Umschichtung in außerlandwirtschaftliche Wirtschaftsbereiche möglich. Es wird aber noch eine Weile dauern, bis die in vielen Teilen der jungen Länder in Gang befindliche Industrialisierung eine solche Entwicklung möglich macht, denn es stehen ihr eine Reihe von Hemmnissen entgegen:

Erstens ist der alten Oberschicht dieser Länder häufig mehr am Handel mit Rohstoffen denn an Industrialisierung gelegen (74, S. 109). Zweitens sind die Rohstoffe der Welt ungleich verteilt. Materialorientierte Industrien können nicht immer dorthin

⁷ Die verdeckte Arbeitslosigkeit in Ägypten wird auf 40 bis 50 v. H. der in der Landwirtschaft Tätigen geschätzt (vgl. 55, S. 35).

⁸ Diese beiden Arten der Überbevölkerung (fallender Flächenertrag als Folge von Bodenerosion einerseits und fallender Output je Kopf als Folge nachlassender Arbeitsproduktivität andererseits) können mit folgendem Verfahren gemessen werden: Der Anteil an Faktor Arbeit, der bei gegebener Technik gespart werden könnte, ohne daß der Output sinkt, entspricht dem Ausmaß der Überbevölkerung (vgl. 55, S. 32).

wandern, wo die größte Bevölkerungsdichte ist (84). Außerdem haben, wie *Tugwell* schreibt, Leichtindustrien oft parasitären Charakter. Die hier entstehenden, nach frühkapitalistischen Grundsätzen betriebenen Industrien können die Lage in den Agrargebieten deshalb weiter erschweren, weil sie geeignet sind, eine bisher bestehende Hausindustrie zum Erliegen zu bringen. Die hier Beschäftigten strömen dann zum Großteil zurück in die Landwirtschaft. Während im Jahre 1875 56 v. H. der indischen Bevölkerung von der Landwirtschaft lebten und 13 v. H. von der gewerblichen Wirtschaft, hat sich heute das Verhältnis auf 72 v. H. zu 9 bis 10 v. H. verändert (53, S. 56; 71, S. 249).

2. Gesichtspunkt der Verteilung und Verwendung des Einkommens

Landwirtschaft (und primitives Handwerk) sind zumindest im Bereich des ersten *Stuckenschen* Stadiums Grundlagen der Einkommensbildung (74, S. 105). „Wenn eine inländische Finanzierung von Entwicklungsprojekten erfolgen soll, dann muß das aus den landwirtschaftlichen Überschüssen geschehen, sei es direkt von aktiven Landwirten oder von Beziehern landwirtschaftlicher Renten oder aus Steuern und Abgaben, die auf landwirtschaftliche Überschüsse zurückgehen. Auch der Absatz industrieller Erzeugnisse im Lande ist von den landwirtschaftlichen Überschüssen abhängig, ebenso wie das Angebot an Devisen“ (74, S. 105)⁹.

Die Frage ist nun, wie sich die landwirtschaftlichen Einkommen entwickeln, die das alles leisten sollen. Mit zunehmendem Bevölkerungsdruck geraten – wie bereits gezeigt wurde – immer mehr Bauern in Gefahr, ihr Eigentum an Grundherren oder Geldverleiher zu verlieren und zu Pächtern, seltener Landarbeitern zu werden. Die Verpächter dagegen können, je knapper der Boden wird, immer höhere Pachtchillinge verlangen. Ihr Anteil am Gesamteinkommen wird zusehends größer. Über die Differenzialrentnerstellung (60, S. 65) hinaus wird ihre Position zur Erlangung einer absoluten, weil Monopolrente, immer günstiger¹⁰.

Der Teilbau besitzt, worauf ebenfalls schon verwiesen wurde, keinen Anreiz zur Leistungssteigerung. Trotz zunehmender Bevölkerung bleibt das Produkt und damit das Gesamteinkommen des Wirtschaftsbereiches unverändert. Mithin sinkt das durchschnittliche pro-Kopf-Einkommen, das der Pächter und ihrer Familien, überproportional ab. Sie müssen einen vergrößerten Anteil des gleichbleibenden Produktes an die Grundherren abführen.

Die Situation ist in den übrigen starren Organisationsformen nicht grundsätzlich anders. Der Latifundienbesitzer ist nicht auf Produktionssteigerungen angewiesen (vgl. S. 537). Seine Monopolstellung auf dem Arbeitsmarkt, die schon dadurch gesichert ist, daß alternative Möglichkeiten des Broterwerbs für die Arbeiter nicht gegeben sind, verstärkt sich bei Zunahme der Bevölkerung. Das Gedränge um die Hofstellen der Arbeitspächter wird größer, der Boden muß übermäßig beansprucht werden, er ermüdet. In diesem Falle steht eine vergrößerte Bevölkerung einem sich absolut verkleinernden Fonds an Subsistenzmitteln gegenüber. Bei diesen starren Organisationsformen bietet sich die Landreform als Mittel der Einkommensumverteilung an.

Selbst im Bereiche der kommerziellen Landwirtschaft führt das Wachstum der Bevölkerung zur Stärkung der Monopolmacht der Gutsherren auf dem Arbeitsmarkt. Der Lohn sinkt, die Plantagenbesitzer können sich einen vergrößerten Anteil am Sozialprodukt aneignen, und zwar auf lange Sicht. Sie sind als Unternehmer nicht darauf angewiesen, daß ihrem Produkt inländische Einkommen nachfragend gegenüberstehen. Die Absatzchancen der Plantagen leiden nicht dadurch, daß die einhei-

⁹ Unter landwirtschaftlichen Überschüssen sind die Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu verstehen, die nicht von der landwirtschaftlichen Bevölkerung und landwirtschaftlichen Renten verbraucht werden.

¹⁰ Monopolsituation ist im Prinzip deswegen gegeben, weil alternative Möglichkeiten der Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft kaum zu finden sind.

mischen Arbeiter nun weniger mit Kaufkraft ausgestattet sind. Die Produkte der Plantagen werden exportiert, denn es handelt sich vor allem um Kakao, Tee, Baumwolle, Sisal und andere Güter des internationalen Handels.

Breite Schichten der Landbevölkerung sind durch diese Veränderung der Einkommensströme immer weniger in der Lage, die Erzeugnisse der aufzubauenden heimischen Industrie zu kaufen. Die kleine Schicht der Großgrundeigentümer, der vermehrt Einkommen zufließt, ist andererseits gar nicht fähig, diesen Ausfall zu ersetzen. Es ist unter diesen Umständen unmöglich, der heimischen Konsumgüterindustrie einen Markt zu sichern.

Zur Brechung der Monopolstellung, die Plantagen und Getreidefabriken auf dem Arbeitsmarkt gewinnen, sollte man sinnvollerweise nicht die rationellen Betriebe zersstückeln. Doch könnte man konkurrierende Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Um der neuen heimischen Industrie den Markt zu sichern, kann man sich mit einer Egalisierung der Einkommensdifferenzen durch Maßnahmen der Lohn- und Steuerpolitik behelfen. Überwälzungsversuche größeren Ausmaßes sind nicht zu erwarten, denn das Erzeugungsprogramm der Plantagen ist, wie gesagt, exportbezogen. Auf das weite Feld handelspolitischer Möglichkeiten sei in diesem Zusammenhange ebenfalls hingewiesen.

In einem frühen Stadium der volkswirtschaftlichen Entwicklung muß, wie zu sehen war, auch ein Großteil des Kapitals zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus der Landwirtschaft kommen. Diese Verpflichtung, Kapital zur Verfügung zu stellen, steht auf den ersten Blick im Widerspruch zum Effekt einer Einkommensredistribution. Die Wirkung dieser Umverteilung ist Mehrkonsum. Wenn die Landwirtschaft aber helfen soll, Realkapital zu bilden, sei es im eigenen, sei es im fremden Wirtschaftsbereiche, so muß sie sparen, also auf Konsum verzichten. Dazu aber sind Großeinkommen grundsätzlich besser geeignet, sagt man ihnen doch eine hohe Sparquote nach.

Es ist nicht zu erwarten, daß die breiten Bevölkerungsschichten, denen vermehrt Einkommen zufließen soll, eine große Sparneigung aufweisen¹¹. Aber da diese Menschen einen ausgedehnten Verbrauch entwickeln, kann man sie einem Zwangssparprozeß unterwerfen, beispielsweise durch indirekte Steuern und erhöhte Güterpreise.

Während des zweiten und dritten STUCKENSchen Stadiums (74, S. 105) läßt die Bedeutung der landwirtschaftlichen Ersparnisse, die freiwillig oder zwangsweise zur Verfügung gestellt werden, für den nichtagraren Wirtschaftsaufbau Stück um Stück nach. Das gleiche gilt für die ländliche Nachfrage nach nichtagraren Erzeugnissen. Wie STUCKEN zeigt, gewinnt nämlich in diesem zweiten und dritten Stadium der Austausch innerhalb der sekundären und tertiären Wirtschaftssektoren¹² immer größere Bedeutung. Dagegen haben die Ersparnisse des Agrarsektors für die Investitionen in der Landwirtschaft selbstverständlich weiterhin höchste Bedeutung. Auch hier wären die Großeinkommen vornehmlich geeignet, in die Bresche zu springen. Im Bereiche der kommerziellen Landwirtschaft ist dies auch der Fall. Nicht so bei den feudalistischen Sozialorganisationen. R. STUCKEN wies darauf hin, daß die feudalen Oberschichten, die auf Grund ihrer großen Einkommen vor allen anderen in der Lage wären, produktiv zu sparen, sich dieser Aufgabe weithin entziehen.

3. Außerökonomische Gesichtspunkte

Die *bäuerliche Unzufriedenheit* in Asien ist nach dem Urteil sachverständiger Beobachter im Begriffe, zu dem entscheidenden Moment des Erwachens der Völker zu werden. Eines der Ergebnisse dieser Unmutswelle ist das Umsichgreifen des Nationalismus in den Entwicklungsländern. Man erhofft sich eine Besserung des persönlichen

¹¹ Nach R. M. GHONEMY (33, S. 217) verwendet z. B. eine ägyptische Familie durchschnittlich 58 v. H. des Einkommens für Konsumzwecke, 9 v. H. werden gespart. Die ägyptische Landbevölkerung dagegen verbraucht 73 v. H. des Einkommens für Ernährung, ohne irgendwelche Ersparnisse machen zu können.

¹² Sekundäre Wirtschaftsbereiche sind industrielle, tertiäre Bereiche sind solche, die weder der Landwirtschaft noch der Industrie zugehören.

Loses, wenn einmal die nationale Unabhängigkeit erreicht ist. Diese Souveränität wird nicht nur nach außen hin angestrebt, sondern auch nach innen. Man enteignet die weißen Siedler, wie dies z. B. im indonesischen Inselreiche nach 1945 geschehen ist.

Ein anderer wesentlicher Anlaß zur Durchführung einer Reform ist die Furcht vor dem weiteren *Anwachsen des kommunistischen Einflusses* bei der Bevölkerung der Entwicklungsländer. Man versucht den Kommunismus einzudämmen. Ein Beispiel hierfür ist das Point-Four-Program der Regierung der USA. Landreform ist im kalten Kriege ein Mittel, Machtpositionen und politischen Einfluß zu halten oder zu erobern.

Darüber hinaus gibt es noch *politische Sonderprobleme*, die zum Anlaß einer Landreform werden können. Ein Beispiel hierfür ist die Vereinigte Arabische Republik. Im Herbst 1958 übernahm Syrien nach Gründung der Vereinigten Arabischen Republik nahezu unverändert die ägyptische Landreformgesetzgebung. Der Landreform unterliegen daher auch die syrischen Getreidefabriken. Es besteht die Gefahr einer katastrophalen Entwicklungshemmung für die gesamte syrische Wirtschaft, wenn die Landreform in den Gebieten dieser Großbetriebe zu einem Produktionsabsturz führen sollte (74, S. 104).

B. Maßnahmen der Landreform

I. Landreform, Begriff

Landreform oder auch Bodenreform, wie man häufig sagt, umfaßt in einem weiteren Sinne jede Veränderung des Bodenrechtes. Es kann sich um das Recht an Wohn- und Siedlungsland ebenso handeln wie um bäuerliches Erbrecht. Das Bodenrecht soll von Verfälschungen befreit werden, die sich im Laufe der Zeit eingeschlichen haben. Einige Schriftsteller meinten diese Ursprünglichkeit im Gemeineigentume gefunden zu haben. Sie forderten die Aufhebung des privaten Bodeneigentums. Andere wollten zwar grundsätzlich am Eigentum festhalten. Sie verlangten aber, der Boden sollte unter ein Recht kommen, das ihn vor Mißbrauch schützt. Die Grundrente müsse der Allgemeinheit zugeführt werden.

Entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Ideen von der Landreform übte RICARDOS klassische Grundrententheorie aus, eine Lehre, die die Grundrente als ein arbeitsloses Einkommen darstellt. Die Bodenreformer in Deutschland kamen allerdings dadurch in Schwierigkeiten, daß die Grundherren ihre Betriebe zumeist selbst bewirtschaften. Die Grundrente ist also sehr schwer zu ermitteln. Immerhin verstärkten sich aus staats- und sozialpolitischen Motiven die Anstrengungen, das bäuerliche Siedlungswesen zu fördern.

Landreform kann die Zielsetzung haben, *wirtschaftliche Machtstellungen und ererbte Vorrechte auf dem Lande* zu brechen. In diesem Sinne ist Landreform eine wesentlich ältere Sache, als es bisher den Anschein haben könnte. In China war Revolution auf dem Lande ein beachtetes Recht der Bevölkerung. PARSONS (57, S. 17) erwähnt, daß das Land in Abständen von einigen Jahrzehnten neu verteilt, die Bevölkerung in einen neuen Zustand der Gleichheit setzen würde. Auch in den Ländern des östlichen Mittelmeeres teilte man das Land in regelmäßigen Abständen unter die Familien auf, um Arbeitskräfte und Boden zu koordinieren. Das Ziel der Landreform in den Entwicklungsländern sah man lange Zeit hindurch in sozialer Ausgeglichenheit, ohne daß den Produktionseffekten der Umstellung größere Aufmerksamkeit gewidmet worden wäre. Die Resultate waren dann auch nicht immer sehr erfreulich (81, S. 23; 4, S. 98; 30, S. 305; 29, S. 244 ff.).

Immer mehr, und beschleunigt unter dem Eindruck der umfassenden kommunistischen Bedrohung, erweitert sich der Inhalt der Landreform. Mit umfassenden Maßnahmen soll Landreform dazu angetan sein, den *sozialen und politischen Status des Individuums zu verbessern*. Nach amerikanischer Auffassung ist Landreform nicht lediglich eine Frage der Rechtsbeziehungen zwischen Bauer und Boden. Vielmehr ist

es das Ziel dieser umfassenden Art von Landreform, die "Family-Farm" lebensstüchtig zu machen. Sie wird als notwendige Basis freien Unternehmertums und politischer Demokratie betrachtet, als Endziel jeder Entwicklung¹³. Zu den Maßnahmen der Landreform gehören hiernach: Festlegung der Land- und Wasserrechtstitel, Sicherung des Besitzes der Pächter, Flurbereinigung, Verbesserung des Status der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, gerechte und vernünftige Verteilung des neugewonnenen Landes, Bereitstellung ausreichender Kredite zu tragbaren Bedingungen, Konsolidierung schon bestehender Verpflichtungen der Bauern und Steuererleichterungen. Dazu kommen noch Fragen der Ausbildung, Beratung und des Genossenschaftswesens.

Der Bodenreform wesentlicher Sinngehalt ist Umverteilung von Grundeigentum oder Teilen davon, Veränderung von Rechten, die aus dem Eigentum folgen. Es ist dringend geboten, den einfachen klaren Inhalt des Begriffes zu erhalten. Landreform ist ein *Problem der Rechtsbeziehungen zwischen Bauer und Boden*. Je mehr der Begriff überladen wird, um so schwerer ist die Wirkung eines Vorhabens zu beurteilen. Die Maßnahmen der Landreform müssen zugleich unterstützt werden durch eine breit angelegte „Bewirtschaftungsreform“ (70, S. 315) mit produktions-, kredit- und handelspolitischen Maßnahmen.

Der Begriff „Landreform“ ist nicht davon abhängig, daß ergänzende Maßnahmen mit eingeschlossen sind. Eine Landreform ist nicht dann schon durchgeführt, wenn man Landbauschulen einrichtet. Es handelt sich nicht um den Effekt des Kampfes gegen das Analphabetentum. Es geht in erster Linie um die Wirkungen einer Neu- und Umverteilung von Rechten am Boden, der man u. a. schulische Maßnahmen beibringt, um einen größtmöglichen Effekt zu erzielen. Der Begriff Landreform umfaßt daher in dieser Arbeit erstens Enteignung von Grundbesitz und Aufteilung an Landarbeiter und Pächter und zweitens Besserstellung der Pächter bei Fortbestand des Rechtsinstitutes der Pacht.

Alle anderen Maßnahmen, von denen hier gesprochen werden wird, gehören in den Rahmen einer ergänzenden Bewirtschaftungsreform.

II. Besserstellung des Pächters bei Fortbestand des Rechtsinstitutes der Pacht

Die Vorschriften zur Besserstellung des Pächters bei Fortbestand des Rechtsinstitutes der Pacht sind in einigen Ländern der ökonomisch wichtigste Teil des Reformprogrammes. Nicht immer kann man sich entschließen, die Verbreitung des Pachtwesens stark zu beschneiden, denn man beugt damit auf sehr bequeme Weise künftigen Realteilungen vor. Außerdem ist die Flexibilität der Betriebsgrößen leichter zu erhalten, sowohl in Anpassung an den technischen Fortschritt als auch an die vorhandenen Arbeitskräfte der Bauernfamilie. Zudem hat man immer eine günstige Gelegenheit, ungeeignete Bauern zu eliminieren.

Drei Gruppen von Maßnahmen sind bei dem Versuche zu unterscheiden, die Stellung des Pächters zu verbessern, nämlich Pachtsicherheit, Begrenzung der Höhe des Pachtschillings und Entschädigung für Meliorationsarbeiten des Pächters.

1. Pachtsicherheit

Man legt eine gewisse Minimalperiode der Pachtdauer fest. Sie wird in Indien zukünftig 5 bis 10 Jahre währen, in einigen Teilstaaten auch länger. So ist im Punjab die Pachtzeit seit dem Jahre 1953 lebenslänglich und vererbbar (67, S. 42; 79, S. 127 ff.). Die ägyptischen Vorschriften erlauben nur noch Pachtverträge mit einer Mindestlaufzeit von 3 Jahren (83, S. 38; 79, S. 133). Landwirtschaftlicher Boden darf in nahezu

¹³ Nach A. W. ASHBY ist die Family-Farm ein progressiver Betriebstyp. Der Beitrag des Kapitals zur Produktion ist hier größer als der der Arbeit. Der Betrieb produziert für den Markt. Sein Gegenstück, die Peasant-Farm, sei mehr eine Kümmerform von Bauernwirtschaft und auf Subsistenzmittelerzeugung eingestellt. In beiden Typen wird die Handarbeit im Betriebe hauptsächlich vom Farmer und seiner Familie geleistet (3, S. 34).

allen Staaten nur noch an Personen verpachtet werden, die beabsichtigen, das Land eigenhändig zu bebauen. Dem Unwesen der Unterverpachtung soll tunlichst gesteuert werden, denn bei zehn Unterverpachtungen sind die Vertragsverhältnisse unkontrollierbar, und Vorschriften über die Pachtdauer verlieren ihren Sinn.

Daneben wurden in vielen Staaten, darunter Ägypten, Israel, mehreren Teilen der Indischen Union, den Philippinen, Formosa, Vietnam, Thailand und Malaya, Vorschriften erlassen, unter welchen bei besonderen Umständen ein Pachtvertrag vor Ablauf der regulären Pachtzeit gekündigt werden kann (67, S. 43).

2. Begrenzung der Höhe des Pachtschillings

In allen Landreformgesetzen sind Bestimmungen über die Höhe des Pachtschillings enthalten, den der Grundherr maximal fordern darf. Meist wird die Meinung vertreten, der Pachtschilling müsse so festgelegt werden, daß er dem Pächter ein annehmbares Subsistenzniveau gewährt. Wollte man das immer konsequent durchführen, so müßten in vielen Fällen die Lasten des Pächters so weit herabgesetzt werden, daß für den Eigentümer nichts bleibt (1, S. 154). Wie auch immer die Höchstsätze der Pachten festgelegt werden, sie entbehren sicherlich nie einer gewissen Willkür. Die meisten der schon im vorhergehenden Unterabschnitt genannten Länder haben Vorschriften über die Herabsetzung der Pachthöhe beschlossen, außerdem viele Staaten Südamerikas, unter ihnen Columbien, Kuba, Peru und Argentinien.

Hier nur ein Beispiel für viele. Die ägyptische Revolutionsregierung verfügte die Senkung des Pachtschillings bei Fixpachten von bisher 40 bis 50 £/feddan auf 18 bis 21 £/feddan (44, S. 346). Der Ernteanteil des Verpächters bei Teilpachten wurde mit 50 v. H. des Reinertrages bemessen (79, S. 146).

3. Entschädigung für Meliorationsarbeiten des Pächters

Nach Angaben R. SCHICKELES sind in nahezu allen Ländern, die in den beiden vorausgehenden Unterabschnitten erwähnt sind, Vorschriften über die Vergütung nicht amortisierter Baulichkeiten und Meliorationen an den Pächter in Kraft. Pakistan, die meisten Teilstaaten Indiens und einige andere Länder bestimmen z. B., daß der Pächter Anspruch auf Entschädigung unter der Voraussetzung hat, daß die Aufwendungen die Billigung des Grundherren gefunden hatten. War die notwendige Einigung zwischen Grundherr und Pächter nicht zustande gekommen, so gilt der Entschädigungsanspruch als begründet, wenn das Pachtaufsehtsamt die geplanten Einrichtungen genehmigt hatte.

4. Schwierigkeiten der Einführung und Anwendung der Pachtgesetzgebung

In vielen Fällen ist es schwierig, die Gesetze über die *Hürden des Gesetzgebungsweges* zu bringen. In einer Anzahl von Ländern beherrschen die Grundherren die zuständigen Körperschaften. Es ist klar, daß sie die Reformprojekte zäh bekämpfen.

Die Hauptschwierigkeit der Anwendung der Schutzprogramme liegt im *ländlichen Bevölkerungsdruck*, der den Pächter veranlaßt, jeden Preis zu zahlen. Häufig fehlt überhaupt noch die Kenntnis der neuen Rechte. Schließlich sind zur Festigung der Pächter-Situation genossenschaftliche Einrichtungen für Produktion, Geld- und Warenverkehr wichtig (vgl. S. 550). Soweit überhaupt vorhanden, stecken sie aber noch in den Anfängen.

Ein Erfolg der Maßnahmen ist nur denkbar, wenn eine starke Verwaltung die Durchführung erzwingen kann. Es ist eine *Machtfrage*, ob die Grundherren auf die Dauer die beschlossenen Gesetze ignorieren können, wie das offenbar in weiten Teilen der Indischen Union der Fall ist (24, S. 146). In Ägypten werden die gesetzlichen Pachtvorschriften eingehalten, soweit Verträge zwischen Großgrundbesitzer (Herr über

50 bis 200 feddan) und Fellachen in Frage stehen. Dagegen erzielen Kleingrundbesitzer nach wie vor hohe Überpreise bei Verpachtungen. Die „Großen“ fürchten Bloßstellung und sind daher vorsichtig. Die „Kleinen“, besonders, soweit sie im Dorfe wohnen, nützen ihre starke Stellung in der dörflichen Hirarchie aus (35, S. 18).

Schwierigkeiten entstehen bei den Reformern auch dann, wenn die Durchführung Behörden übertragen wird, die sachlich oder personell hierfür *ungeeignet* sind. So soll es in einigen ostasiatischen Staaten vorkommen, daß Angehörige der Finanzverwaltung die Fragen der Agrarveränderungen neben ihren sonstigen Pflichten zu betreuen haben (1, S. 159).

Schließlich kommt den Grundherren häufig zustatten, daß Teilbauern und Arbeitspächter nur schwer von Landarbeitern zu unterscheiden sind. Da die Pachtgesetze für Landarbeiter nicht anwendbar sind, wird häufig eine Umgehung dieser unbequemen Vorschriften versucht.

III. Umverteilung des Eigentums am Boden

1. Freiwillige Aufgabe des Eigentums

a. Landschenkung

Seit 1951 wandert VINOBA BHAVE, ein Schüler GHANDIS, zu Fuß durch Indien, um alle Landbesitzer der Union zu bitten, Land beizusteuern zu seiner Landschenkungs-bewegung, zur „Bhoodan Yagna“. BHAVE benötigt, wie er sagt, 20 Mill. ha Land, um dem größten Elend der Landlosen Indiens zu steuern. Bis Anfang des Jahres 1958 waren etwa 1,6 Mill. ha *Bhoodan-Land* zur Verfügung gestellt. In einer Anzahl von Dörfern erreichte er die Hergabe des gesamten Landes. Das volle Areal dieser Ansiedlungen wurde Gemeinschaftsland. *Gramdan*, die Dorfschenkung, entstand. Sie umfaßt heute etwa 4000 Dörfer.

Diese Aktionen sind in erster Linie von politischem Wert. In allen Spendengebieten verlor der Kommunismus an Anziehungskraft (10, S. 160). Für die Praxis der Landbewirtschaftung ist die Bhoodan-Bewegung bisher noch ohne große Bedeutung. Die Neuverteilung des Landes ist schwierig. Zumeist handelt es sich um Ländereien, die weit verstreut liegen. Außerdem sind die Grundstücke oft von geringem Wert oder überhaupt für den Landbau unbrauchbar.

Ob der Enthusiasmus, der entfacht wurde, von Bestand ist, wird sich noch zeigen müssen. Die Verbesserung des politischen und sozialen Klimas durch die Bewegung wird aber schon jetzt als sehr wertvolle Unterstützung der gesetzlichen Landreformmaßnahmen empfunden.

b. Freiwilliger Verkauf

In manchen Ländern versucht man eine indirekte Art von Landreform durchzuführen. Der Staat bedient sich zu diesem Zwecke eines abgewogenen Systems von Maßnahmen, alle dazu angetan, dem Landherren das Vergnügen am Grundbesitz zu verleiden. Er soll verkaufen.

Hierfür stehen zunächst einmal die *Pachtgesetzgebungen* zur Verfügung (vgl. Abschnitt B. II., S. 545). Unterstützend können aber auch noch *steuerliche Mittel* hinzutreten. Einige Länder versuchen, den Grundherren durch eine stark differenzierte Grundsteuer zum Verkaufe zu zwingen. Grund und Boden werden um so höher besteuert, je umfangreicher der Besitz ist und je extensiver er genutzt wird. Andererseits gibt man in einigen Fällen den Eignern, die ihre Ländereien zu entwickeln wünschen, staatliche Unterstützung (24, S. 147; 80, S. 115). Sie stehen vor der Wahl, entweder (mit öffentlicher Hilfe) zu „entwickeln“, oder aber sich zum Teil konfiskatorischen Steuern auszusetzen.

Es wird kaum empfehlenswert sein, solche Steuern einzuführen, ohne über eine exakt wirkende Pächter-Schutzgesetzgebung zu verfügen. Die Landbesitzer werden nämlich alles tun, diese Lasten auf den Pächter abzuwälzen. Auch dort, wo zentral geleitete Gutsbetriebe betroffen werden, müßte mit Überwälzungsvorgängen gerechnet werden, wenn diese Großbetriebe bestimmenden Einfluß auf die Preisbildung ihrer Märkte haben. Der Erfolg des Versuches einer Landreform der weichen Hand ist auch aus anderen Gründen unsicher. Es ist in der Tat fraglich, ob der Grundherr verkauft, denn Landbesitz ist eine inflationssichere Anlagemöglichkeit und er bedeutet soziales Prestige. Hinzu kommt, daß die Grundherren um inländische Investitionschancen verlegen sind. Sie haben keine Erfahrung mit der Führung gewerblicher oder industrieller Betriebe.

Es muß eine bessere Waffe ins Treffen geführt werden: die *Drohung mit baldiger Enteignung*. Das Beispiel Korea beweist, daß auf diese Weise die Bereitschaft der Grundherren zum „Umdenken“ beschleunigt werden kann. Die koreanischen Grundherren wußten, daß eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse kommen wird. Sie bemühten sich unter diesen Umständen sehr, zu verkaufen (11, S. 483). Auch den ägyptischen Großgrundeignern war einige Zeit hindurch erlaubt, Grundstücke, die ohnehin der späteren Enteignung unterlagen, freiwillig zu verkaufen. Sie sollten an selbstwirtschaftende Kleinbauern in Parzellen von maximal 5 feddan (2,1 ha) abgegeben werden. Es zeigte sich jedoch bald, daß mit Hilfe von Freunden und Familienangehörigen viele Scheingeschäfte inszeniert wurden (83, S. 39; 47, S. 12 u. 25).

Man muß sich nun fragen, ob die Landarbeiter und kleinen Pächter überhaupt in der Lage sind, die Grundstücke zu bezahlen. Der Zweifel scheint berechtigt, denn diese Bauern sitzen zumeist auf dem Subsistenzminimum. Grundsätzlich ist die Frage jedoch zu bejahen, denn die Pächter hatten bis jetzt hohe Pachtschillinge zu bezahlen. Künftig kann nun ein Teil der Ernte zur Abzahlung des Kaufpreises verwendet werden.

Aufs Ganze gesehen scheint die Durchschlagskraft von Maßnahmen der weichen Hand zweifelhaft. Nach G. L. NANDA konnten nur 3,2 v. H. von all den Personen, die im Jahre 1948 bei Erlaß der Pachtgesetze der Indischen Union Pächter waren, bis zum Jahre 1952 Eigentum an ihren Betrieben erwerben. Dagegen wurden nur noch 58,1 v. H. der Fläche vom gleichen Pächter bewirtschaftet (51, S. 72).

2. Enteignung

a. Größenbeschränkung für das Großgrundeigentum

Eine Anzahl von Ländern griff zum härtesten Mittel der Landreform, der Zerschlagung von Großgrundeigentum. Die Gesetze sind in dicht besiedelten Ländern manchmal sehr weitgehend, so daß Großgrundbesitz keine wirtschaftliche Rolle mehr spielen kann. In dünner besiedelten Ländern wählte man dagegen im allgemeinen höhere Limite. Das ist verständlich, denn das „Soll“ an Grundstücksaufkommen ist in dünn besiedelten Gebieten¹⁴ leichter zu erfüllen. In vielen Fällen erfährt der Gesichtspunkt der Erhaltung der Produktivität rationeller Großeinheiten durchaus Beachtung. Daneben hängt die Bestimmung der Höchstgrenzen aber von einer Anzahl politischer Unwägbarkeiten ab (vgl. Unterabschnitt A. II./3., S. 543). In jedem Land ergibt sich ein ganzes Gewebe verschiedenartiger Interessenlagen, unter deren Einfluß Größenlimite ausgesprochen werden.

Nach der japanischen Gesetzgebung vom Jahre 1946 mußten abwesende, nicht selbständig wirtschaftende Eigentümer alles Land abtreten. Anwesende, nicht selbstwirtschaftende Grundeigner durften auf den japanischen Hauptinseln bis 1 ha behalten. Grundherren, die ihr Land mit eigenen Leuten bewirtschafteten, gestand man 3 ha zu (56, S. 69).

¹⁴ Durch „dünn“ und „dicht“ wird das Verhältnis von Gesamtbevölkerung zur landwirtschaftlichen Nutzfläche zum Ausdruck gebracht.

Die Regierung von Kairo verfügte im Jahre 1952 die Begrenzung des Bodeneigentums auf 200 feddan (84 ha) zuzüglich je 50 feddan (rund 21 ha) für die ersten beiden Kinder (28, S. 19). Dieser Eigentumstransfer betrifft ungefähr 13 v. H. allen kulturfähigen Landes. Syrien, Irak und Pakistan erließen ähnliche Gesetze. Die türkischen Höchstgrenzen liegen etwas höher (1250 acres [= 500 ha] bei eigenbewirtschaftetem Land und 500 acres [= 200 ha] bei Teilbauland) (49, S. 68 ff.).

b. Bemessung der Besitzgrößen für die neuen Eigentümer

Unter dem Ansturm der Bewerber ist man häufig gezwungen, darauf zu achten, daß auf gegebener Fläche möglichst viel neue Betriebe entstehen. Hier stellt sich das *Problem der Mindestgröße* bäuerlicher Wirtschaften. Nach SCHICKELE hat die Aufteilung des Landes in zu viele unökonomisch kleine Betriebchen oft zu einem Fehlschlag der Landreform-Programme geführt. Häufig seien die physikalischen Charakteristika des Landes und die ökonomischen Voraussetzungen der Produktion außer acht gelassen worden.

Folgende Merkmale sollten nach SCHICKELE (67, S. 577) die Größe der neu zu bildenden Betriebe bestimmen: An erster Stelle steht die Produktivität der Böden, sie variiert sehr weit innerhalb eng umgrenzter Gebiete. Sehr wichtig ist die Intensität der Produktion, besonders, soweit sie durch die Kapitalversorgung in Form von Saatgut, Düngemitteln, Chemikalien zur Schädlingsbekämpfung, Maschinen und Vieh beeinflusst wird. Ein Zunehmen der Kapitalversorgung kann die ökonomische Mindestgröße der Betriebe unter Umständen hinaufsetzen. Die Minimalgröße sollte die Versorgung der Familie auf einer Höhe sicherstellen, die allgemein in der Gegend als befriedigend bezeichnet werden kann.

Die Betriebsgröße kann auch unterhalb der hier gekennzeichneten Grenze festgesetzt werden, wenn der Landbevölkerung nichtlandwirtschaftliche Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Hier handelt es sich dann um Neben- oder Zuerwerbssiedlungen¹⁵.

In groben Umrissen wird hier ein konkretes Beispiel der Umverteilung von Grundeigentum angeführt.

Zur praktischen Durchführung der Neuverteilung des Bodens bereisen in der Türkei Landreform-Kommissionen das Land. Ihre erste Aufgabe ist es, sich einen Überblick über die Qualität der Böden, über Landnutzung und Eigentum, Besitztitel und Bedingungen der Bewirtschaftung zu verschaffen (49, S. 70; 63, S. 48 u. 51). Danach wird der ärmere Teil der Landbevölkerung aufgefordert, sich ungesäumt um Landanteile zu bewerben. Die Kommissionen werden bei ihrer Arbeit von einem vereidigten Dorfrat unterstützt. Alle Anträge der Bewerber müssen in öffentlichen Versammlungen geprüft werden.

Die benötigte Fläche wird an einem erwünschten Minimaleinkommen gemessen. Eine Familie von 5 Personen soll so viel Land bekommen, daß ihre Einnahmen zumindest das Äquivalent von 10 t Weizen erreichen. Während auf guten, bewässerungsfähigen Böden hierfür 2 ha ausreichen, müssen in armen, trockenen Regionen bei Trockenfeldbau etwa 40 ha je Familie verteilt werden.

Die Kommissionen haben im Durchschnitt 4,6 ha Land je Familie verteilt. Inzwischen erreichten rund 75 v. H. der türkischen Bauernhöfe eine Größe von 8 ha. Das ist jedoch nur ein Schatten des türkischen Zieles vom gesunden Familienbetrieb, dessen Leitbild die amerikanische Family-Farm ist. Die Größe von 8 ha gewährt im allgemeinen nur das Minimaleinkommen (49, S. 72).

c. Schwierigkeiten bei der Neubemessung der Besitzgrößen

Indien ist ein Schulbeispiel dafür, welche Hemmnisse der Aufstockung und Neubildung bäuerlichen Bodeneigentums entgegenstehen können. Das der Bodenreform unterliegende Land fällt häufig parzelliert und nicht dort an, wo es für die Neuverteilung gebraucht wird. In dicht besiedelten Ländern oder Regionen führt die Landreform auch dann zu keinem rechten Ergebnis, wenn die sehr niedrigen Mindest-

¹⁵ Nebenerwerbssiedlungen werden neben einem nichtlandwirtschaftlichen Haupterwerb bestellt. Dagegen hat der Zuerwerbsiedler als Hauptberuf den des Landwirts. Er sucht in außerlandwirtschaftlichen Erwerben zusätzliche Einnahmen (vgl. 86, S. 177).

größen zugrunde gelegt werden. Die Zahl der *Betriebe unter der Minimalgröße* ist oft so groß, daß allein zum Zwecke der Aufstockung mehr Land gebraucht würde, als bei der Landreform anfällt (68, S. 387 ff.).

In Indien sind der Verkündung des Grundsatzes von der Beschränkung der Eigentumsgröße häufig ebensowenig Taten gefolgt wie der Dekretierung der Pachtgesetze. Dadurch wird das Interesse der Eigentümer an der Durchführung von Investitionen, soweit überhaupt vorhanden, geschwächt. Es entsteht die Gefahr, daß die Produktion noch vor der Reform abfällt. Den Grundeigentümern wird außerdem Zeit und Gelegenheit gegeben, ihren Besitzstand zu verdunkeln. Sie teilen ihre Güter unter Familienangehörige oder nahe Verwandte auf.

Landreform wird bekanntlich auch mit dem Argument begründet, man müsse dem Absentismus der Großgrundbesitzer steuern. Nun aber zeigt sich in Ägypten, daß die Tendenz zum *Absentismus* gerade unter den Nutznießern der Reform steigt. Nicht selten verpachten die Kleinbauern, soeben zu Eigentümern geworden, ihre Felder mit einem Nutzen von 5 bis 10 £E an Nachbarn. Nach GHONEMY werden 3 bis 10 v. H. der Landzuteilungen illegal weiterverpachtet (35, S. 19).

3. Ergänzende Maßnahmen

a. Verhinderung der Neubildung von Großgrundeigentum

Landreform hat oft deswegen auf lange Sicht schlechte Ergebnisse gezeigt, weil die Erbgewohnheiten der Bevölkerung auch nach den Reformen immer wieder zur Flurzersplitterung führen. Sehr schnell sind dann die alten Leiden wieder da, nämlich nicht lebensfähige Kleinbetriebe, Teilbau und nicht zentralgeleitetes Großgrundeigentum.

Es gibt einige Auswege aus diesem Dilemma. Der Staat wird bei Durchführung einer Landreform einige Rechte an sich ziehen müssen. So könnte jeder Kaufvertrag über ein Grundstück an eine *staatliche Genehmigung* gebunden sein; auch an ein *Vorkaufsrecht* zugunsten des Staates ist zu denken. Weiter könnte der Staat das Land zu eigen behalten und zu tragbaren Bedingungen verpachten. Japan und Formosa haben ein *Verbot des Grundstücksverkaufes an Nichtlandwirte* erlassen, in anderen Fällen wird den Bauern ein *Optionsrecht vor Nichtlandwirten* eingeräumt (66, S. 578).

Diese künstliche *Verringerung der Mobilität* der Böden erschwert die Kreditsicherung und damit die Kreditversorgung der Landwirtschaft im freien Markt. Wenn solche Gesetze erlassen werden, so muß der Staat zur Kapitalversorgung der Landwirtschaft Hilfestellung leisten.

Schließlich ist noch in Erwägung zu ziehen, die Erbteilung unterhalb einer bestimmten Betriebsgröße zu verbieten.

b. Bewirtschaftungsreform

Voraussetzung jeder gegenwärtigen und künftigen Bewirtschaftungsreform ist die *Flurbereinigung*. In Entwicklungsländern machen die Maßnahmen zur Flurbereinigung bisweilen erfreulich gute Fortschritte. Im indischen Staate Bombay, um ein Beispiel zu nennen, begann die Flurbereinigung im Jahre 1950/51. Bis zum 31. März 1952 hatte man das Areal von 306 Dörfern konsolidiert. Andere indische Staaten bemühten sich ähnlich erfolgreich.

Von großer Wichtigkeit ist die Bildung *ländlicher Genossenschaften* zur Kreditversorgung und für den Warenverkehr, damit die Abhängigkeit der kleinen Bauern von den Geldverleihern aufhört. Das Genossenschaftswesen ist jedoch recht wenig ausgebaut. Der größte Teil der indischen Agrarkreditversorgung wird nach wie vor durch die Dorfwohner gedeckt (9, S. 80). Das liegt zu einem Teil daran, daß eine Gesellschaft der Armut wenig sparen kann.

Die geringe Verbreitung der Genossenschaften liegt aber auch am Mißtrauen der Bauern. Sie können zumeist noch nicht lesen und schreiben, wissen also nicht genau, wieviel sie schulden, und können somit nichts nachprüfen. Sie vertrauen dem Dorfwohner, den sie seit eh und je kennen, mehr als ortsfremden Beamten der Kreditgenossenschaften (50, S. 138). Werden Einheimische zu Leitern der Kreditgenossenschaften bestellt, so ist die Gefahr nach wie vor gegeben, daß nur die Kreditwünsche der Genossen berücksichtigt werden, die der gleichen Kaste wie der Vorsitzende angehören. Außerdem müssen die Genossenschaften darauf achten, daß die Darlehen produktiv angelegt werden. Die Dorfwohner dagegen geben ungeniert Konsumkredite, z. B. für Hochzeiten und andere Feste.

Als Endziel der Reformen wird häufig die *genossenschaftliche Landbewirtschaftung* bezeichnet. In Indien soll das über die Wiederherstellung der genossenschaftlichen Dorfgemeinschaft erfolgen. Man hoffte, bis zum Jahre 1960 alle indischen Dörfer in dieses Entwicklungsprogramm einbezogen zu haben. Neben dem Neubau von Schulen, Häusern, Hospitälern und Straßen sollen auf genossenschaftlicher Basis Bewässerungsanlagen gebaut und neuartige Landbaumethoden eingeführt werden (10, S. 159).

Es ist bemerkenswert, daß Regierungen und Wissenschaft in allen Ländern Projekten der Produktionsgenossenschaften aufgeschlossen gegenüberstehen, die Bauern dagegen mißtrauisch. SCHILLER (69, S. 658 ff.) überwand mit seinen *Produktionsförderungs-Genossenschaften* in Pakistan diesen Widerstand. Er versuchte nicht primär die Landbewirtschaftung genossenschaftlich zu organisieren, sondern er förderte die individuelle Landwirtschaft mit Hilfe der Genossenschaften.

In Ägypten allerdings führte man kurzentschlossen zwangsweise Produktions- und Marktgenossenschaften für alle Dörfler ein, die weniger als 5 feddan (2,1 ha) Land besitzen (80, S. 102). Hier übernimmt die Kooperative die Funktion des ehemaligen Eigentümers. Sie stellt Saatgut, Kunstdünger und Maschinen bereit und verkauft die Erzeugnisse. Darüber hinaus obliegt es der Genossenschaft, die zweckmäßigste Art des Anbaues zu bestimmen, die tägliche Arbeitseinteilung zu geben und Investitionen aller Art, einschließlich der Meliorationsvorhaben, durchzuführen (19, S. 24). Diese Zwangsgenossenschaften umschließen nicht nur die Neubauern, sondern auch die bislang unabhängig wirtschaftenden Kleinlandwirte. Die Genossenschaften garantieren eine gewisse Krisensicherheit, und man ist der Auffassung, daß den ägyptischen Bauern weniger an Unabhängigkeit gelegen ist denn an höheren Einnahmen (83, S. 48).

Große Bedeutung hat stellenweise in Entwicklungsländern der *außerlandwirtschaftliche Zuerwerb*; seine Bedeutung wird ohne Zweifel trotz mannigfacher Widrigkeiten noch zunehmen.

EGNER (21, S. 45) berichtet über peruanische Wanderarbeiter, die zwischen agrar- und naturalwirtschaftlicher Existenzbasis und monetärem Hinzuverdienst fluktuieren. Das Übel bei diesem Hin- und Herwandern sei aber, daß die Anlernung ständig unterbrochen werden müsse. Die Arbeiter gewöhnten sich nicht richtig an den Ablauf des Betriebsgeschehens. Die Wanderarbeit bedeute eine erhebliche Verzögerung und Erschwerung für die Herausbildung einer modernen Industriearbeiterschaft.

Aus Indien wird von einem interessanten Versuch berichtet, Heimindustrien als Zuerwerb zu organisieren. Nehru griff im zweiten Fünfjahrplan (1956/61) auf das indische Spinnrad zurück. Es soll zu Millionen in den Dörfern fabriziert werden und zum Kampfe gegen die verdeckte Arbeitslosigkeit beitragen.

Mit Blick auf die europäischen Verhältnisse ist festzustellen, daß die Dinge in Zuerwerbssiedlungen nicht zum besten liegen. Weder reicht das Betriebseinkommen zur Sicherung der Familie, noch führt der Zuerwerb zu einer sicheren Ergänzung der Betriebseinnahmen. Die Stabilität des Einkommens fehlt (73, S. 385).

Dies gilt natürlich auch für die Entwicklungsländer. Allen Gebrechen zum Trotz hat der Zuerwerb in Entwicklungsländern aber doch bemerkenswerte Vorteile aufzuweisen. In Indien hofft man, den Menschen mit dem Spinnrad das Gefühl geben zu können, ein nützliches Mitglied der Nation zu sein. Außerdem verspricht man sich immerhin eine Erhöhung des Einkommens. Für eine Bevölkerung, die je Kopf nur rund 250 DM im Jahre einnimmt (77, S. 3), ist jede Aufbesserung willkommen.

IV. Die finanzielle Seite der Landreform

1. Die Kosten der Landreform

a. Abfindung der Alteigentümer

Die Staaten des Ostblocks konfiszieren das Land, das der Bodenreform verfallen war, ohne Entschädigung. Dieses Verfahren ist unkompliziert undbürdet dem Staat keine Lasten auf. In demokratischen Ländern ist eine solche Prozedur nicht durchführbar. Außerdem fällt die Überlegung ins Gewicht, daß die bisher besitzenden Schichten nicht aus dem Wirtschaftsleben ausgeschlossen werden sollen.

Die Höhe der Entschädigung wird durch die Leistungsfähigkeit von Staat und neuen Bodeneigentümern begrenzt. Beider Kraft ist in der Regel relativ gering zu veranschlagen. Deshalb ist verständlich, daß die Alteigentümer in den meisten Fällen nicht den Betrag an Entschädigung erhalten können, den sie bei einem freien Verkauf erzielt hätten.

Hier sind einige Beispiele zu erwähnen:

Den ägyptischen Grundherren zahlt man zehnmal den Wert der zu versteuernden Anlagen, Geräte und Bäume als Entschädigung (44, S. 342). In den Staaten der Indischen Union variiert die Abfindung nach der Größe des Eigentums. Grundherren, denen man umfangreiche Ländereien abnimmt, werden mit dem Dreifachen einer bisherigen Jahresrente schadlos gehalten. Für kleinere Flächen bezahlt man den Besitzern dagegen Beträge, die bis zum Dreißigfachen einer Jahresrente gehen können (14, S. 490). Formosa bemühte sich, dem „Landlord“ einen Abstand zu gewähren, der dem jeweiligen Marktwerte entspricht. Sein Vermögen wurde damit zwar verändert, aber nicht wesentlich geschmälert (39, S. 151). Die Regierung Kolumbiens ist hingegen befugt, Privatland, welches 10 Jahre lang ungenutzt bleibt, zu konfiszieren. Allerdings muß dem Eigentümer doppelt soviel Land gelassen werden, wie er in Kultur hat (32, S. 497).

Bei der Frage, in welcher Form die enteigneten Grundherren Entschädigung finden sollen, ist zunächst die Möglichkeit der *Barzahlung* zu nennen. Freilich, eine Vermehrung des Geldvolumens kann zu einer Inflationierung der Währung führen. Die Gefahr für die finanzielle Stabilität wäre um so größer, je bedeutender der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtwirtschaft und je umfänglicher das Projekt „Landreform“ ist (11, S. 484 ff.).

Die zweite Möglichkeit besteht darin, daß der Staat oder in seinem Auftrage eine Spezialbank den früheren Grundbesitzern *Obligationen* aushändigt. Diese Wertpapiere sind in verschiedener Ausführung möglich.

Man kann nichthandelsfähige Papiere ausgeben. Dadurch wird einerseits verhindert, daß die Grundherren das soeben enteignete Land wieder zurückkaufen, andererseits enthebt sie die Notenbank der Notwendigkeit sofortiger Geldschöpfung. Den Grundherren wird es jedoch unmöglich gemacht, sich anderweitig zu engagieren. In Ländern, in denen kein Vertrauen in die Geldstabilität vorhanden ist, sind solche Titel als entschädigungslose Enteignung zu betrachten.

Gelegentlich der koreanischen Landreform emittierte man einen Typ, der doch wenigstens zum Kaufe von Werten der ehemaligen japanischen, nun von Korea enteigneten Industrie verwendet werden konnte. Es war nach BUNCE eines der Hauptanliegen der Landreform Südkoreas, den Transfer von Kapital aus der Landwirtschaft in die Industrie zu bewerkstelligen. Dieses Vorhaben sei zum Teil recht erfolgreich ausgeführt worden (11, S. 485).

Daneben sind auch voll handelsfähige Bonds denkbar. Einige Experten halten diese Art unter der Bedingung für die vorteilhafteste, daß sie durch Real-Aktiva gesichert ist. Die Papiere würden den Kurs auch ohne staatliche Garantie halten, wenn sich die Bank nur an gesunden Finanzoperationen beteiligt. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß der ohnehin schwache Kapitalmarkt durch diese Obligationen sehr schnell überanstrengt würde (32, S. 496; 15, S. 490).

Einige Länder begeben Obligationen, die in Waren zahlbar sind. Auf Formosa bestand die Entschädigung zu 70 v. H. in Staatspapieren, die auf den Gegenwert einer bestimmten Menge der Hauptprodukte des Ackerbaues, nämlich Reis und süße Kartoffeln, lauteten. Bei Fälligkeit der Papiere wurde der Auszahlungsbetrag an Hand des Marktpreises der Produkte errechnet (30 v. H. der Abstandssumme wurden in Aktien der verstaatlichten, früher japanischen Industrie erlegt) (39, S. 152).

Schließlich bleiben Obligationen zu erwähnen, die von der Zentralbank garantiert werden. Sie führen aber meist, bei der angespannten Finanzlage unterentwickelter Länder, zur Rückzahlung mit inflationiertem Gelde: Der Staat bedient die Notenpresse.

b. Die Kosten der Aufbereitung und Verteilung des Landes

Mit der Bezahlung des Kaufpreises an die früheren Eigentümer ist die finanzielle Seite der Landreform nicht abgetan. Die Landreformmaßnahmen vieler Länder rufen einen umfangreichen, *administrativen Apparat* ins Leben. Die entstehenden Verwaltungskosten werden in verschiedenen Ländern auf den neuen Eigentümer weitergewälzt. Die ägyptischen Neubauern müssen zu diesem Zwecke 15 v. H. des Kaufpreises zusätzlich entrichten. In einigen anderen Ländern tragen hingegen die Regierungen die Verwaltungskosten.

Der Staat muß außerdem weitgehend die Ausgaben tragen oder bevorschussen, die im *Zusammenhang mit der Bewirtschaftungsreform* und den Projekten zur Förderung der Gemeinden entstehen. Dies alles erfordert eine starke und kapitalkräftige Behörde. Einige Länder, wie Ägypten oder Italien, besitzen solche Institutionen. Die Landreformmaßnahmen einer ganzen Reihe von anderen Ländern sollen sich jedoch so sehr in finanziellen Nöten befinden, daß die Durchführbarkeit der Vorhaben zweifelhaft erscheint (4, S. 99; 67, S. 43).

2. Der Preis für den neuen Eigentümer

a. Eigentumserwerb im Wege der Schenkung

Das Verfahren der Schenkung hat den Vorzug der Bequemlichkeit. Außerdem besteht lediglich ein Unterschied in der Nomenklatur, wenn nach dem Eigentumsübergang an Stelle eines Kaufschillings eine Steuer beigetrieben wird¹⁶.

In einigen Ländern, darunter Kolumbien, wurden die öffentlichen Ländereien, die der Landreform verfelen, bis auf die Überschreibungsgebühren kostenlos an interessierte Bauern abgegeben (6, S. 486).

b. Eigentumserwerb im Wege des Kaufes

Eine andere Möglichkeit, den Bauern das Eigentum an ihrem Lande zu verschaffen, ist der Verkauf.

Die Bezahlung erfolgt zumeist in 5 bis 50 Jahresraten. Da der Boden zumeist an Leute geht, die keine Ersparnisse und auch keinen Zugang zu kommerziellem Kredit haben, wird zur Abwicklung des Eigentumswechsels häufig eine staatliche Stelle eingeschaltet. Sie soll nicht nur den Eigentumsübergang finanzieren, sondern auf sie geht auch (interimistisch) das Eigentum an den Landreformländereien über, wie z. B. in Indien (68, S. 384).

Der Preis, der dem „neuen Mann“ für das Grundstück berechnet wird, sollte nicht unter allen Umständen ein Kostenpreis sein. Ungeachtet der drängenden Notwendigkeit, den Kapitaltransfer aus dem Agrarsektor in nichtlandwirtschaftliche Bereiche zu bewerkstelligen, darf der Preis nur so hoch sein, daß er für den Durchschnittsbauern erschwinglich ist. Die Berechnung sollte auf der Kapitalisation der Zahlungen beruhen, die der Bauer mit seinem zukünftigen Einkommen aufbringen kann.

¹⁶ Diese müßte allerdings auf die neuen Grundeigentümer beschränkt sein.

C. Wirkungen der Landreform

I. Wirkungen auf Agrarproduktion, Marktleistung und Beschäftigung

1. Subjektive Momente

a. Traditionalistische und rationalistische Landbevölkerung

Unternehmerfähigkeit und Marktverhalten sind von Veranlagung, Denkgewohnheit und Bildungsstand abhängig. Man sieht aber selbst in Deutschland, daß auch ein relativ hoher Bildungsstand der breiten Landbevölkerung noch keineswegs rationales, und schon gar nicht marktrationales Verhalten verbürgt. Bei geringem Bildungsstand und in ländlicher Abgeschiedenheit tendiert der Mensch verstärkt zum Typ des homo traditionalis, der an überkommenen Formen des Lebens festhält, Neuem mißtrauisch gegenübersteht oder gar feindlich gesonnen ist. In den Gebieten dieser traditionalistischen Bauern kann nach der Landreform die Produktion fallen, denn die Verkleinerung der Lasten erlaubt, den bisherigen Lebensstandard mit weniger Mühe zu halten. Die Skala der Bedürfnisse ist hier eben sehr begrenzt (65, S. 2 ff.; 87, S. 302). Dieses Verhalten kann für die gesamte Volkswirtschaft sehr unangenehme Folgen haben. In den Gebieten dieser „Kümmerbetriebe“ ist die Marktquote im Umfange der (Natural-)Lieferungen für Renten, Schulden und Steuerzahlungen gegeben. Diese Proportion liegt, wie bekannt, bei etwa 50 bis 80 v. H. des Produktionsvolumens. Wenn nun die Lasten der Bauern gesenkt werden, so kann sich der Warenkorb, der für die Versorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung und für den Export zur Verfügung steht, stark vermindern. Dem vorzubeugen, wird man sich auf absehbare Zeit hin mit strengen genossenschaftlichen Zusammenschlüssen, eventuell sogar mit Zwangszusammenschlüssen, behelfen müssen.

Die Bauern, die schon stärker in die Marktwirtschaft verflochten sind, denken der Tendenz nach weniger traditionalistisch als ihre geistig weniger aufgeschlossenen Berufsgenossen. Es ist ohne Zweifel zu erwarten, daß sich die Erleichterung ihres Loses in einer merkbaren Erhöhung der Produktion niederschlägt. Diese Aufwärtsentwicklung ist besonders dort zu erhoffen, wo die Bauern schon in die Geldwirtschaft einbezogen sind.

b. Besonderheiten bei Verbesserung der Stellung des Pächters unter Aufrechterhaltung der Pacht

Bei den *Anteilspächtern* – und hier in erster Linie bei den Teilbauern – ist eine Erhöhung der Produktions- und Marktleistung schwer vorstellbar, wenn ihre Stellung unter Fortbestand des Rechtsinstituts der Pacht verbessert wird. Bei diesen Teilbauern gibt es Leute, die grundsätzlich inaktiv und von der Initiative der Grundherren abhängig sind. Nun wird zwar ihre materielle Lage verbessert, aber ihre – mindestens geistige – Abhängigkeit von den Grundherren bleibt doch aufrechterhalten¹⁷.

Bei den *Fixpächtern* sind an sich die Voraussetzungen für eine unmittelbare Leistungssteigerung gegeben. Sie sind selbständig, sie haben Sicherheit, und ihre Lasten sind geringer geworden. Nichts könnte sie hindern, einen größeren Teil ihrer Erlöse zu Investitionen zu verwenden. Aber auch hier wirken vorerst Mangel an Ausbildung und traditionalistisches Verhalten einer unmittelbaren Aufwärtsentwicklung entgegen. Im übrigen wird am Beispiel Japans deutlich, daß die Entwicklung der

¹⁷ V. M. DANDEKAR und G. H. KHUDANPUR untersuchten das Wirken der Bombay Tenancy Act. Sie kommen zu dem Ergebnis, daß das Gesetz, zumindest in der Form vom Jahre 1948, ein Fehlschlag war. Die Situation habe sich nicht geändert, die Pächter blieben inaktiv (16, S. 153).

Landwirtschaft gerade von einer Verschärfung der bäuerlichen Lasten erzwungen werden kann (61, S. 128). Im Falle der Fixpächter scheint die Gewährung größerer Pachtsicherheit und eine angemessene Entschädigung nicht amortisierter Meliorationen den Fortschritt auf dem Lande ausreichend voranzubringen.

c. Besonderheiten bei Umverteilung des Eigentums am Boden

Wird das Land Teilbauern und Landarbeitern übereignet, die vor der Reform nicht unabhängig wirtschafteten, so besteht die Gefahr, daß die Produktion absinkt.

In den Gebieten des Teilbaues ist schwer vorstellbar, daß eine rückständige Agrarbevölkerung von den ihr über Nacht zufallenden Eigentumsrechten den erwünschten Gebrauch zu machen wüßte. Die Apathie dieser Leute zeigt, daß bei Abschaffung der Pacht eine Lücke im Management entsteht, die der bisherige Pächter nicht sofort mit eigener Initiative ausfüllen kann.

In Syrien werden die der Landreform unterliegenden Getreidefabriken in erster Linie unter die gutseigenen Arbeitskräfte aufgeteilt. Die Anwärter sind keine Bauern, sie verfügen weder über die nötigen Arbeitsgeräte und sonstigen Betriebsmittel noch über entsprechende Kenntnisse im Ackerbau. Sie sind nicht einmal allround gelernte Landarbeiter, sondern waren Spezialisten mechanisierter Landbaubetriebe. Wenn ein katastrophales Absinken der Produktion vermieden werden soll, dann dürfte sich das im Falle dieser Landarbeiter, wie in dem der Teilpächter, meist nur mit gut funktionierenden genossenschaftlichen Zusammenschlüssen erreichen lassen (vgl. 74, S. 103).

Bei Landwirten, die bis jetzt schon selbständig und unabhängig wirtschaftende Bauern waren, verursacht die Neu- oder Umverteilung des Landes zugunsten der Pächter nicht den abrupten Einschnitt in der Produktion. Sie hinterläßt keine Lücke im Management des Betriebes. Natürlich schließt dies subsidiäre Maßnahmen der Bewirtschaftungsreform nicht aus.

2. Objektive Momente

a. Produktionseffekt

Wird mehr oder weniger zentralgeleitetes Großgrundeigentum zerschlagen, um aus den Trümmern kleinbäuerliche Wirtschaften zu formen, so geht damit häufig ein völliger *Umbau der Bodennutzungs- und Betriebssysteme* einher. Je deutlicher bisher die Merkmale gutsmäßiger zentraler Betriebsleitung in Erscheinung traten, um so mehr wird sich die Tendenz nach dem Schwerpunkt der Erzeugung verlagern. Ein Programm der Produktion für den Markt wird sich in eines der Eigenversorgung der Bauernfamilie wandeln.

Die Marktverflochtenheit der neuen Betriebe wird also kleiner sein als die der alten. Das muß aber nicht unbedingt bedeuten, daß die absolute Menge der auf den Markt kommenden Früchte abnimmt. Wenn die neuen Eigentümer tüchtiger sind als ihre Vorgänger, so können sie höhere Ernten erzielen. Aus Costa Rica, Indonesien und Malaya sind entsprechende Beispiele bekanntgeworden (14, S. 207). Nichtsdestoweniger bleibt die Aufteilung gut geleiteter Großunternehmen ein Wagnis. Auch hierfür könnte man zahllose Beispiele anführen, z. B. die Insel Java (59, 171 ff.).

Wo Landreform die Gelegenheit bietet, den Landbau zu intensivieren, mehr Arbeit oder mehr Arbeit und Kapital einzusetzen, dort muß zumeist sinnvollerweise die Erzeugungsrichtung geändert werden. Dem Bedürfnis nach intensiver Nutzung des Bodens kommen verschiedene Intensivkulturen entgegen, die nicht nur einen höheren Arbeitseinsatz ermöglichen, sondern ihn auch mit einem höheren Ertrag an Getreidewerten¹⁸ je Flächeneinheit rechtfertigen. DOREEN WARRINER zeigte am Beispiel Mexikos, daß sich die Erzeugung eine Generation nach der Reform zu Kulturen

¹⁸ „Getreidewert“ ist ein Maß, um ungleichwertige Stoffe nach ihrer Nährwirkung zusammenzufassen.

hin verlagerte, die der neuen, intensiveren Verwendung der Flächen entsprachen (82, S. 19).

Ein anderes Beispiel ist die Maremma in Mittelitalien. Vor der Reform wurde der Landbau dort in einer Kombination von Getreidewirtschaft und extensiver Weide betrieben. Nach der Reform baute man die Viehhaltung stark aus. Dazu war es notwendig, den Futterbau voranzutreiben. Die Beteiligten bemühten sich sehr, die weitläufigen, schlechten Weiden einzuschränken und an ihrer Statt vielschnittige Wiesen zu gewinnen. Das grobknochige Maremmarind wurde durch bessere Fleisch- oder Fleisch-Milch-Rassen ersetzt. Der Viehstand der Maremma hat sich zwischen 1954 und 1958 mehr als verdoppelt (22, S. 43 ff.). Daneben wurden große Anstrengungen unternommen, durch Windschutzhecken den Anbau von Wein, Obst und Oliven zu fördern. Als Nebenwirkung dieser Hecken erhielten wiederum Tomaten, Bohnen, Zwiebeln, Kartoffeln und Zuckerrüben großen Auftrieb. Selbst die Hektarerträge von Weizen, Gerste, Mais und Reis stiegen beachtlich (22, S. 53).

Die Wirkungen dieser Produktionsänderungen auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung hängen von der Situation in jedem einzelnen Lande ab. Hierüber sind in jedem Falle Spezialuntersuchungen notwendig. Im allgemeinen gilt, daß die Exportleistung des Landes Schaden nehmen kann, wenn kleine Betriebseinheiten an die Stelle von Plantagen und Latifundien gesetzt werden. Diese Großbetriebe sind, wie bekannt, in aller Regel exportorientiert, jene Kleinbetriebe dagegen zeichnen sich durch vielseitige Produktion und großen Hausverbrauch aus. Andererseits wären Volkswirtschaft wie Einzelbetriebe von den Wechselfällen der Weltmärkte unabhängiger. Darüber hinaus besteht die Chance, daß sich auch um kleinere städtische Zentren – Industrieorte und Arbeiterwohngemeinden – Zonen intensiver Agrikultur nach Art der THÜNENSchen Kreise bilden.

Der Produktionseffekt der Landreform beruht vollkommen auf den Maßnahmen, die getroffen werden können, den technischen Fortschritt voranzutreiben, Land, Kapital und Arbeit zweckmäßiger einzusetzen. Die Landreform schafft lediglich die Voraussetzung dafür.

Dieser Produktionseffekt ist nicht beliebig gestaltbar. In einigen reichen Flußtälern überlieferten sich Kenntnisse, wie die Fruchtbarkeit des Landes trotz hoher Flächenleistung erhalten werden kann. Auch diese Täler sind unterentwickelt, sobald der Boden die zunehmende Zahl an Menschen nicht mehr zu ernähren vermag. Bei dem Versuch, diesen Totpunkt durch Einführung neuer Techniken zu überwinden, begegnet aber gerade die intensive Landwirtschaft besonderen Schwierigkeiten. KOESTNER (43, S. 270 ff.) weist darauf hin, daß der Effekt des (universell verfügbaren) technischen Fortschrittes in intensiven Kleinbetrieben geringer ist als in extensiven Großbetrieben¹⁹. Der Spielraum, den die offenbar ehernen Gesetze der Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit dem technischen Fortschritt bei dem Streben nach höherer Produktion einräumen, verengt sich im selben Maß, in dem das Land flächenintensiver bewirtschaftet wird. Damit wird natürlich auch das Manöverierfeld der Landreform enger.

b. Beschäftigungseffekt

Landreform führt in Gegenden bisher starrer Agrarsysteme (z. B. Latifundien- oder Zamindari-System) zu einer Neubewertung der Grenzleistungsfähigkeiten. Hier wird es zu einer Neukombination der Faktoren und damit zu einer Mehrverwendung von Arbeit kommen.

Es ist möglich, daß die (offene oder verdeckte) Arbeitslosigkeit restlos verschwindet. In diesem Falle herrschte lediglich *relative Überbevölkerung*. Das Land war überbesetzt in Ansehung der gegebenen Agrarverfassung. Die erwähnte Maremma (Italien) ist hierfür wieder ein anschauliches Beispiel.

¹⁹ Es ist darauf zu verweisen, daß es mehrere Möglichkeiten der Intensitätssteigerung gibt, die außerhalb des technischen Fortschrittes in engerem Sinne liegen (Sortenwahl, Futtertechnik usw.). Hier hat der Kleinbetrieb gleiche Chancen.

Nach offiziellen Angaben errechnete sich vor der Reform je landwirtschaftliche Arbeitskraft eine durchschnittliche Arbeitszeit von 158 bis 159 Tagen im Jahre. Die Bauern- und Landarbeiterfamilien bezogen daraus ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 200 000 Lire (rund 1300 DM). Die Siedlerfamilien haben dagegen heute, trotz des Preisverfalls der Agrarprodukte, ein Nettoeinkommen von rund 1 Mill. Lire (22, S. 54).

Gegen die italienische Landreform wird heute ins Treffen geführt, daß sie nicht in der Lage ist, den Bauernfamilien ein Einkommen zu gewähren, das vergleichbaren, nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerungsgruppen ebenbürtig ist. Tatsächlich wandern die Siedlerfamilien zu einem Teil in die Städte ab, ihre Höfe verweisen.

Die Landreform in der Maremma wurde zu einem Zeitpunkt durchgeführt, als die italienische Wirtschaft in Nachkriegswirren darniederlag. Durch die Reform war der Agrarsektor in der Lage, den Bevölkerungsüberschuß so lange von den Städten fernzuhalten, bis sich der erwünschte Kumulativprozeß der Wirtschaftsentwicklung in Nichtagrarbereichen einstellte. Nunmehr befindet sich – theoretisch richtig – die Landwirtschaft im Soge der Produktivitäts- und Einkommensfortschritte der Nichtagrarwirtschaft. Weil dieser Prozeß aber innerhalb eines Dezenniums abläuft, erweisen sich die umfangreichen Investitionen, die im Gefolge der Landreform getätigt wurden, zu einem Teil als Fehlanlage. Das italienische „Wirtschaftswunder“ war aber vor 15 Jahren nicht voraussehbar.

Es kann der Fall eintreten, daß auch nach der Reform ein – vielleicht verdeckter – Überstand an Arbeitskräften bleibt. Nun ist technischer Fortschritt keine einmalige Angelegenheit, sondern eher, wie HARROD (37, S. 31 ff.) sagt, ein Strom von Neuerungen. Theoretisch wird mithin schon im nächsten Augenblick, mit Vertiefung des agrartechnischen Wissens, neuer Fortschritt in Richtung auf eine sinnvolle Mehrverwendung der Arbeit möglich sein.

In der Wirklichkeit ist zwar sicher damit zu rechnen, daß mit besserem Saatgut, erhöhtem Düngeraufwand und dgl. auch ‚reiche‘, nun unterentwickelte Flußtäler, die Erzeugung noch zu steigern wissen²⁰. Indessen ist nicht so sicher, daß dazu auch nennenswert mehr Arbeitskräfte eingesetzt werden müssen. Darüber hinaus ist die Rate des Bevölkerungszuwachses häufig weit höher als die Rate der fortschrittsbedingten Beschäftigungsvermehrung in der Landwirtschaft. Auch nach einer Landreform läßt sich mit weniger Arbeitern das gleiche Produktquantum erzielen²¹. Länder oder Landesteile dieser Art sind im Hinblick auf landwirtschaftliche Möglichkeiten des Broterwerbs in der Tat *absolut überbevölkert*.

Auch in Gegenden, die vordem allenfalls relativ überbevölkert waren, kann der Beschäftigungseffekt der Landreform unbefriedigend sein. Man beobachtet nämlich, daß die Grundherren durch die Landreform angeregt werden, verbliebene Besitzungen technisch zu vervollkommen. Die Grundherren der Türkei z. B. erkannten plötzlich, daß sie besser verdienen, wenn sie ihre Besitzungen ausbauen und unter zentraler Leitung gutsmäßig bewirtschaften. Den Teilpächtern wird gekündigt, der größte Teil von ihnen muß in die Städte abwandern. Sie vermehren das dortige Proletariat. Man schätzt, daß jeder der 40 000 Schlepper, die in der Türkei laufen, 8 Bauern verdrängt hat (49, S. 75).

II. Wirkungen auf Verteilung und Verwendung des Einkommens

1. Umlenkung der Einkommensströme

a. Landbevölkerung

Die Landreform verändert den Lauf der Einkommensströme. Die begünstigten ehemaligen Landarbeiter und Pächter erhalten jetzt mit ihren Familien einen größeren Anteil an dem Produkt, das sie erstellen.

²⁰ In Ägypten wird die Produktionssteigerung gegenüber der Zeit vor der Reform bei Weizen auf 30 v. H., bei Baumwolle auf 10 v. H. und bei Zuckerrohr auf 15 v. H. geschätzt (80, S. 136).

²¹ Nach Angaben GHONEMYS sind z. Z. in der ägyptischen Landwirtschaft 50 bis 60 Männer- und 60 Frauenarbeitstage je feddan und Jahr notwendig. Der Arbeitskräftebedarf sei auf 80 Männer- und 120 Frauenarbeitstage je feddan und Jahr zu steigern. Während der nächsten zwei Dezennien müsse aber damit gerechnet werden, daß unter dem Zwange der Bevölkerungsprogression ständig 200 Männer- und 170 Frauenarbeitstage aufgewendet würden (35, S. 2 ff.).

In den Fällen, in denen das Eigentum neu verteilt wird, wird das Einkommen des Siedlers allerdings durch die Grundsteuer geschmälert, die er nun zu tragen hat. Außerdem ist er häufig auf Jahre hinaus mit Abschlagszahlungen zugunsten der ehemaligen Grundherren belastet.

Wegen der großen Zahl unökonomisch kleiner Betriebe wird die Landreform nach Meinung einiger Autoren nur von geringem Einfluß auf das Einkommen sein. Diese Betriebe sind einfach zu klein, um dem Inhaber ein Auskommen zu bieten, ob nun Pacht zu zahlen ist oder nicht. Die Landreform wird demnach für den einzelnen nicht schon das Ende aller Sorgen bringen. Aber für die Gesamtwirtschaft ist eine andere Sicht erforderlich:

Unter der Voraussetzung, daß die Produktion nach der Reform aufrechterhalten werden kann, bringt eine Reduktion der bäuerlichen Lasten von 65 v. H. auf 30 v. H. der Ernte eine Verdoppelung des Einkommens dieser Bevölkerungsschicht mit sich²². Hiermit ist ein sehr wirkungsvolles Instrument zur Beeinflussung der Gesamtwirtschaft gegeben, wenn die Verwendung dieser neuen Einkommen gesamtwirtschaftlich richtig gesteuert werden kann. Der gesamtwirtschaftliche Effekt der Einkommensumverteilung ist auch jenseits der Grenze absoluter Übervölkerung wirksam (anders der Produktionseffekt der Landreform: Er verebbte bei Erreichen dieser Grenze).

b. Staat

Die Landreform berührt auch die Einnahmen des Staates. In einigen Teilen Indiens verbesserte die Ausschaltung der Zamindari und ihrer Zwischenpächter nicht so sehr die Einkünfte der Bauern, sondern vor allem die der Staatskasse. Die Pächter haben nämlich in Hinkunft einen Teil der Beträge, die bisher die Steuerpächter einzogen, direkt an den Staat zu entrichten (14, S. 202). Werden diese neuen öffentlichen Einnahmen dazu benützt, gemeindliche Entwicklungsprogramme in der Art der indischen Community Development Programs zu verwirklichen, so folgt unmittelbar eine Verbesserung der Einkommenssituation der Landbevölkerung. Legt man sie außerhalb des Agrarbereiches an, so sind Vorteile für die Landwirtschaft nur indirekt und sicherlich nicht sofort zu erwarten.

c. Nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung

Ein Teil der Mittel, die bei Maßnahmen im Gefolge der Landreform ausgeschüttet werden, kommt nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerungsschichten zugute, soweit sie zur Durchführung der Landreform herangezogen werden.

Es ist in diesem Zusammenhange angebracht, auf Eigenarten des Kapazitäts- und Einkommenseffekts der landreformbedingten Investitionen hinzuweisen.

Investitionen in der Landwirtschaft haben häufig einen verhältnismäßig niedrigen Kapazitätseffekt, sie geben ihre Leistung nur innerhalb eines verhältnismäßig langen Zeitraumes ab. Werden diese Anlagen notwendig, um die Produktion nach der Reform aufrechterhalten zu können, so ist dieser Kapazitätseffekt gleich Null. Die Anlagen erbringen, wenn überhaupt, so nur ein geringes (zusätzliches) Produkt je Zeiteinheit. Demgegenüber ist der Einkommenseffekt vergleichsweise hoch, denn die Kosten der Investitionen tauchen zumeist sofort und in voller Höhe an anderer Stelle, vor allem in nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichen, als Einkommen auf. Sie unterliegen einem Multiplikator-Prozeß.

In Entwicklungsländern ist der nichtagrare Wirtschaftsbereich nicht groß genug, um das Güterangebot bereitstellen zu können, das notwendig wäre, die Nachfrage-lawine aufzufangen, die sich aus diesem Einkommenseffekt entwickelt. Dieses Güterangebot müßte an Stelle des nichtvorhandenen (zusätzlichen) Output der mit der

²² In mehreren Distrikten Ägyptens erhöhte sich nach der Umverteilung des Bodens das Nettoeinkommen je Flächeneinheit und das durchschnittliche jährliche Individualeinkommen um 100 bis 300 v. H. (80, S. 130).

Landreform einhergehenden Investitionen treten. Überdies ist das Pro-Kopf-Einkommen unterentwickelter Länder auch im nichtagraren Bereiche niedrig. Die durchschnittliche Sparrate ist also hier niedrig, der Multiplikator demnach hoch.

Hieraus folgt: Die mit der Landreform verbundenen Ausgaben können auch dort inflationistisch wirken, wo sie durch Ersparnisse oder langfristig verfügbares Auslandskapital solide finanziert wurden. Gestützt auf ein Sachverständigen-Gutachten, schlug der Generaldirektor der FAO jüngst vor, überschüssige Nahrungsmittel im Rahmen der Entwicklungshilfe u. a. dann zur Verfügung zu stellen, wenn durch Maßnahmen der Landreform Produktionsrückschläge eingetreten sind (28a). Aus den obigen Überlegungen folgt nun, daß die Lieferung von überschüssigen Nahrungsmitteln auch dort Platz greifen müßte, wo mit Hilfe von Investitionen im Gefolge der Landreform ein Produktionsabfall vermieden werden kann²³. Allein das Auseinanderklaffen von Kapazitäts- und Einkommenseffekt muß aufgefangen werden.

Was den Multiplikatorprozeß anbelangt, so ist darauf hinzuweisen, daß ein solcher Vorgang irgendwie finanziert werden muß. Bei gleichbleibender Kreislaufgeschwindigkeit kann das Einkommen nur in dem Maße wachsen, wie zusätzlicher Kredit gewährt wird (75, S. 46). In diesem Falle haben die Regierungen der Entwicklungsländer selbst die Möglichkeit, durch geldpolitische Maßnahmen zu bremsen und Gefahren für die finanzielle Stabilität abzuwehren.

2. Verwendung der Einkommen

a. Einkommen der Grundherren

Einige Beobachter sind der Meinung, daß die ehemaligen Großgrundeigner ihre Entschädigungen zu einem noch zügelloseren Konsum verwenden werden als in der Vergangenheit ihre Renten. Nach DANTWALE, SCHICKELE und anderen ist jedoch ein Nachlassen des Luxuskonsums dieser Bevölkerungsschicht feststellbar (14, S. 204).

Früher wurde ein nennenswerter Teil der Einnahmen ins Ausland transferiert. In verschiedenen Ländern, darunter z. B. Ägypten, hat man diese Verschiebung durch die Devisenzwangswirtschaft, wenn nicht unterbunden, so doch sehr erschwert. Die Anlage in landwirtschaftlichen Grundstücken wurde untersagt. Horten ist kein Ausweg, schon weil man beständig auf der Hut vor der Inflation sein muß. Die Ägypter fanden zudem Wege, den Neubau teurer städtischer Wohn- und Geschäftshäuser zu verhindern oder einzuschränken (74, S. 102).

So gelang es in vielen Ländern doch schließlich, die Grundherren zu zwingen, ihre Ersparnisse und ihre Entschädigungen in Industriewerten oder Staatstiteln anzulegen. Niedrigere Einkommen und eine gewisse Unsicherheit der Zukunftsaussichten tun ein übriges. Die Grundherren werden ermuntert, ihr Vermögen produktiver anzulegen. Sie investieren nun manchmal auch in landwirtschaftlichen Grundstücken, die sie zum Zwecke der Eigenbewirtschaftung vor der Enteignung retten konnten (13, S. 100). Dies ist der Versuch, sich eine Art Versicherung gegen künftige Enteignung zu verschaffen. Außerdem erhöhen sie auf diese Weise die Einnahmen und gleichen Einkommenschmälerungen aus, die die Landreform zufügte. In Indien entfällt ein Großteil der zusätzlichen Käufe an Maschinen, Saatgut und Kunstdünger auf das Land, das der Enteignung entging (14, S. 204). Die Begeisterung, die Bearbeitung der verbliebenen Flächen zu modernisieren, würde natürlich dann sehr beeinträchtigt, wenn für die Zukunft weitere Enteignungen zu gewärtigen wären.

b. Bauerneinkommen

Ungeachtet der Möglichkeiten, den ehemaligen Großgrundeigentümer zu weiteren Investitionen in der Landwirtschaft anzuregen, wechselt doch die Investitionsfunktion

²³ Das Für und Wider der Lieferung von überschüssigen Nahrungsmitteln im Rahmen der Entwicklungshilfe kann an dieser Stelle nicht ausführlich dargelegt werden.

in weiten Gebieten auf den „Neuen Mann“ über. Der Umfang der Investitionen nach der Reform hängt von dem Überschuß ab, der der Bauernfamilie nach Bezahlung aller Ausgaben des Betriebes und des Haushalts bleibt. Der Überschuß an bäuerlichem Einkommen, der zur Investition bereitsteht, ist insbesondere in Gegenden unökonomisch kleiner Betriebe gering. Der Staat wird mit Produktivkrediten, Kreditgarantien und mit eigenen Investitionen beispringen müssen.

Die Frage, wie die Bauern nach der Landreform ihre Einkommen verwenden, kann – in kurzfristiger Betrachtung – wie folgt beantwortet werden.

Da ist der bereits erwähnte Fall (Zusammenbruch der Produktion) in Gebieten traditionalistischer Bauern: Der Mann ändert seine Lebensgewohnheiten, seine Konsum- und Sparneigung nach der Reform nicht (vgl. S. 554).

Wenn die Produktion auf alter Höhe bleibt, füglich das Bauerneinkommen steigt, so kann die Landreform einen erhöhten Verbrauch eigenerzeugter Produkte bringen. Es ist möglich, daß die Bauernfamilie den gesamten Wert der Reduktion der Lasten aufbraucht (13, S. 101). Bis jetzt konnte die Familie nur den dringendsten Hunger stillen. Nunmehr bietet sich plötzlich die Gelegenheit, Vorräte anzulegen für Notzeiten. Auch hier sinkt die Marktleistung mit all den schon angedeuteten Folgen für die Gesamtwirtschaft.

Landwirtschaftliche Einkommen können zum Verbräuche nichtlandwirtschaftlicher Konsumgüter und Leistungen führen. Ganz eindeutig ist dies in Ägypten zu beobachten. „Die Lebenslage der Fellachen hat sich verbessert“, schreibt STUCKEN, „und das hat sich in einem erhöhten Konsum niedergeschlagen, sowohl in einem erhöhten Konsum von Nahrungsmitteln als auch in einem erhöhten Konsum von Industrieerzeugnissen, was besonders von der Textilindustrie vermerkt wurde (74, S. 105).“

Eine weitere Verwendungsmöglichkeit der gestiegenen Agrareinkommen besteht im Mehrkauf von Kunstdünger, Saatgut und Maschinen. Die Gesamtwirtschaft wird nun in ganzer Breite angeregt. Im vorher genannten Fall war die Bauernfamilie das Stimulans gesamtwirtschaftlichen Aufbaues. Hier werden, neben verbliebenen Großgrundbesitzern, in erster Linie Produktions-, Markt- und Kreditgenossenschaften – Gebilde, die im Zuge ergänzender Maßnahmen entstanden –, Gelegenheit haben, als Akteure in Erscheinung zu treten. Sie finden ein weites Feld.

Schließlich kann ein gestiegenes Einkommen der Landbevölkerung in gewissem Umfange seinen Niederschlag in Ersparnissen finden. Doch ist, aufs Ganze gesehen, freiwillige Ersparnisbildung bei den Bevölkerungsschichten, die durch die Landreform begünstigt werden, wohl lediglich eine theoretische Möglichkeit. STUCKEN zeigte am Beispiel Ägypten, daß die neuen Einkommen nahezu gänzlich verbraucht werden.

III. Ergebnisse

Eingangs wurden ökonomische und außerökonomische Anlässe zur Landreform gezeigt und innerhalb der agraren Sozialstruktur drei Bereiche abgegrenzt, nämlich Gemeineigentum, kommerzielle Landwirtschaft und (patriarchalisch-)feudalische Landwirtschaft.

Der erste Bereich ist keinem der beiden Landreformargumente zugänglich. Der zweite Bereich ist den außerökonomischen Anlässen zugehörig, während das letztgenannte Agrar- und Sozialsystem mit guten ökonomischen und außerökonomischen Gründen der Landreform unterworfen werden kann.

Bei Erörterung der Frage, ob Landreform agrarwirtschaftlich und nationalökonomisch sinnvolle Wirkungen zeitigt, ergaben sich die folgenden Schlüsse.

Der Produktionseffekt der Landreform ist in marktnahen Gebieten größer als in marktfernen. Er wird dort erhöht, wo Geldwirtschaft üblich und Naturaltausch überwunden ist. Die Produktion kann in abgelegenen Gebieten sogar zusammenbrechen, wenn die Bevölkerung noch zu sehr in tradierten Wertvorstellungen befangen und an

einer Verbesserung der eigenen materiellen Situation uninteressiert oder sich der Möglichkeiten hierzu nicht bewußt ist. In marktnahen Gegenden sind die Voraussetzungen für Produktionssteigerungen nach den Reformen der Tendenz nach günstiger.

Wird unter Beibehaltung des Rechtsinstitutes der Pacht die Stellung des Pächters befestigt, so ist in Teilbaugebieten der Produktionseffekt dieser Änderung mit null, wenn nicht negativ zu veranschlagen. Der Pächter bleibt zumindest in geistiger Abhängigkeit, während das Interesse des Grundherren geschmälert wird. Umgekehrt liegen die Dinge bei der Fixpacht, hier ist ein positiver Effekt zu erwarten.

Wenn man das Eigentum neu verteilt, so ist mit größter Vorsicht dort vorzugehen, wo der Begünstigte bisher nicht eigenverantwortlich wirtschaftender Bauer, sondern abhängiger Pächter oder Landarbeiter war. Das Risiko eines Niederganges der Erzeugung ist hier groß. Waren die Begünstigten bisher schon selbständige Bauern, so ist von der Landreform eine Anregung der Produktion zu erwarten, zumindest wird der Eigentumsübergang reibungslos vonstatten gehen.

Durch die Ablösung der starren Agrarsysteme ist die Möglichkeit gegeben, intensivere Methoden der Flächennutzung einzuführen. Damit verändern sich die Produktivitäten, und zwar zunächst die Produktivität der Fläche. Das Produkt je vorhandener Flächeneinheit wird größer, und als Folge davon steigt das Realeinkommen insgesamt.

Aber auch die durchschnittliche Produktivität der Arbeitskraft, nämlich das Produkt je vorhandener, irgendwie eingesetzter Arbeitskraft, wird sich erhöhen. Die Landbevölkerung kann sich nun während einer größeren Anzahl von Tagen des Jahres einer sinnvollen Arbeit widmen. In diesem Zusammenhange sei auf die eklatante Steigerung der Familieneinkommen in der Maremma (Italien) verwiesen.

Ob sich die Steigerung des Familieneinkommens halten lassen wird, hängt – unter sonst gleichbleibenden Umständen – vom Größenverhältnis der Rate der Bevölkerungsprogression und der Rate der Zunahme der Produktion je Flächeneinheit ab. Ist erstere größer, so sinkt das Familieneinkommen, im umgekehrten Falle steigt es. Besonders in bestimmten hochentwickelten Flußtälern erreicht man rasch eine Grenze, hinter der eine weitere Flächenintensivierung nicht mehr möglich ist.

Eine andere Frage ist die Arbeitsproduktivität im üblichen Sinne, nämlich die Steigerung der Produktion je aufgewendete Arbeitszeit. In diesem Falle geht es darum, Arbeit durch Kapital zu ersetzen. Das führt dahin, daß nicht nur je Produkteinheit, sondern auch je Flächeneinheit weniger Arbeitskräfte – oder auch nur Arbeitsstunden – aufgewendet werden. Es handelt sich also um ein typisches Problem der älteren Industrienationen. Die Landwirtschaft befindet sich dort nämlich im Soge des produktivitätsbedingten Einkommensvorsprunges der Nichtlandwirtschaft und gibt dabei Arbeitskräfte ab. Innerhalb allgemeinen relativen Wohlstandes sollen die Pro-Kopf-Einkommen verschiedener Bevölkerungsgruppen einander angeglichen werden.

In jungen Volkswirtschaften, unseren Entwicklungsländern, geht es demgegenüber darum, überhaupt erst Einkommen für die breite Bevölkerung zu schaffen und Kapital zu bilden. Erst sehr viel später entsteht die Notwendigkeit, produktivitätsbedingte Einkommensdifferenzen auszugleichen. Dieser Sachverhalt wurde von NIEHAUS unlängst als „Phasenverschiebung“ gekennzeichnet (54, S. 116).

Die Aufteilung von Großbetrieben und die gleichzeitige Schaffung von Kleinbetrieben bewirken, daß ein Programm der Erzeugung „für den Markt“ in ein solches der Eigenversorgung verändert wird. Die relative Marktverflochtenheit der neuen Wirtschaften ist kleiner. Das heißt nicht, daß auch die absolute Marktleistung je Flächeneinheit nachlassen muß. Persönliches Interesse der Bauern und die Hilfe von Staat und Genossenschaften können eine merkbare Steigerung der Erträge bewirken, so daß es möglich wird, die Marktleistung zu halten.

In den meisten Fällen tritt aber eine Änderung der Erzeugungsrichtung ein. Zu Lasten der Zerealien, Roggen, Weizen, Gerste usw. treten Tomaten, Baumwolle, Zuckerrohr und anderes verstärkt in den Vordergrund. Hier nun besteht einerseits

die Gefahr, daß die Exportleistung der traditionellen Verkaufsfrüchte zurückgeht, andererseits ist aber die Chance vorhanden, daß sich auch um kleinere Verbrauchszentren Zonen intensiver Agrikultur bilden.

Die Reformierung der starren Agrarsysteme verbessert die Eigenschaften der Landwirtschaft, als Speicher für zusätzliche Arbeitskräfte zu dienen. Der Agrarsektor kann in gewissem Umfange befähigt werden, die Bevölkerungsvermehrung aufzufangen, soweit sie in anderen, außerlandwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichen nicht unterzubringen ist. Diese Speichereigenschaft des Agrarsektors ist verhältnismäßig groß in Gebieten, die bislang nur relativ überbevölkert waren. Die Landwirtschaft wird hier ziemlich lange Zeit hindurch die Fähigkeit haben, Arbeitskräfte anzusaugen und festzuhalten. Diese Möglichkeiten lassen nach, je mehr man sich der Grenze absoluter landwirtschaftlicher Überbevölkerung nähert. Die Landreform bringt keine landwirtschaftliche Lösung des Beschäftigungsproblems, wenn die Zuwachsraten der Bevölkerung höher ist als die Rate der fortschrittsbedingten Mehrbeschäftigung. Bodenreform als Instrument landwirtschaftlicher Produktions- und Beschäftigungspolitik ist nur wirksam unter den Bedingungen relativer Überbevölkerung.

Dagegen ist sie als Instrument der Verteilungs- und der gesamtwirtschaftlichen Investitionspolitik auch noch im Stadium absoluter Überbevölkerung wirksam. Ihre Eignung in dieser Hinsicht ist nicht davon abhängig, daß das Einkommen des einzelnen auf einen bestimmten Mindeststandard gehoben wird. Die Landreform ist aber nur dann ein Mittel der Investitionspolitik, wenn die Verwendung der umgelenkten landwirtschaftlichen Einkommen gesteuert werden kann und wenn das landwirtschaftliche Realeinkommen insgesamt nicht absinkt.

Der Erfolg der Landreform hängt wesentlich von drei Voraussetzungen ab. Erste Voraussetzung ist, daß die Fähigkeit vorhanden ist, eine *neue Ordnung der Gesellschaft* nicht nur durchzusetzen, sondern auch aufrechtzuerhalten.

Der Erfolg hängt zweitens davon ab, ob eine genügend breite *Bevölkerungsschicht* zu mobilisieren ist, deren *unternehmerische* oder wenigstens *unternehmende Qualitäten* den ökonomischen Prozeß tragen.

Drittens ist entscheidend wichtig, das *Kapital* zu beschaffen, das für die Durchführung der Reformen und der sie ergänzenden Maßnahmen erforderlich ist.

Die Entwicklungsprobleme einer Volkswirtschaft können nicht allein mit Hilfe der Landreform gelöst werden. Die Impulse der Landreform sind nur dann nachhaltig und ein Beitrag zum Wohlergehen des Ganzen, wenn in nichtagraren Wirtschaftsbereichen der Fortschritt vorangetrieben wird. Mit einer Landreform kann man sich eine Atempause von längerer oder kürzerer Dauer beschaffen mit dem Ziel, in der Zwischenzeit einen Kumulationsprozeß nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeiten zu entfachen. Der Entfaltung sekundärer und tertiärer Wirtschaftsbereiche wird durch eine Bodenreform sogar direkte Hilfestellung gegeben. Sie regt den Kapitaltransfer aus der Landwirtschaft in Gewerbe und Industrie an, und sie verbessert den Markt für die Erzeugnisse dieser Wirtschaftssektoren.

Werden diese Gelegenheiten jedoch nicht genutzt, so verpufft der Effekt der Anstrengungen Landreform, um es zu wiederholen, ist keine für sich allein wirksame Maßnahme, wenn man längere Fristen im Auge hat. Sie ist nur als integrierender Bestandteil aller Maßnahmen zur Entwicklung der Wirtschaft denkbar.

Literatur

1. ARNTAR, S. M., ANKER, D. L. W., Workshop Report No. 4, Improving Tenancy and Conditions of Agricultural Labourers, in: *Documentation prepared for the Center on Land Problems in Asia and the Far East*, held in Bangkok Thailand, FAO, Rom 1955.
2. ARON, SALOM, *Agrarian Structure in Malaya*, in: *Land Tenure*, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN and P. M. RAUP, Madison, Wisconsin, 1956.
3. ASSAD, A. W., Beitrag zu *Demography and Pathology of Peasant Farming*, in: *Proceedings of the Seventh International Conference of Agricultural Economists*, London, New York, Toronto 1951.
4. ASSADOLLAH, ALAM, The Land Tenure Situation in Iran, in: *Land Tenure*, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN, P. M. RAUP, Madison, Wisconsin 1956.

5. BAADER, F., *Welterährungswirtschaft*, Rowohlt Hamburg 1956.
6. BERNAL, P., Beitrag zur Finanzierung Land Reform Operations, in: *Land Tenure*, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN, P. M. RAUP, Madison, Wisconsin 1956.
7. BLANKENBURG, P. v., Der Teilbau — Seine Problematik in der modernen Landwirtschaft, in: *Berichte über Landwirtschaft*, Bd. 33 (1955), H. 3.
8. BOCHART, EL., *Les Traditions Islamiques*, Bd. 2, Paris 1906.
9. BHATT, V. V., Das Geld- und Kreditssystem der Indischen Union, in: *Zeitschrift f. d. ges. Staatswissenschaft*, Bd. 113, 1957.
10. BONN, GISELA, *Neues Licht aus Indien*, Wiesbaden 1958.
11. BOWEN, A., Financial Aspects of Land Reform in the Far East, in: *Land Tenure*, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN, P. M. RAUP, Madison, Wisconsin 1956.
12. CHIDEMA, M. A., Land Tenure and Land Reform in Pakistan, in: *Documentation prepared for the Center on Land Problems in Asia and the Far East*, held in Bangkok/Thailand, FAO, Rom 1955.
13. DALRYMP, A. M., The Effects of Land Reform on Income Distribution, in: *Documentation prepared for the Center on Land Problems in Asia and the Far East*, held in Bangkok/Thailand, FAO, Rom 1955.
14. DANTRAWA, M. L., and SCHMIDT, R., Workshop Report No. 9: Land Reform and Economic Development, in: *Documentation prepared for the Center on Land Problems in Asia and the Far East*, held in Bangkok/Thailand, FAO, Rom 1955.
15. DANTRAWA, M. L., Beitrag zur Finanzierung Land Reform Operations, in: *Land Tenure*, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN, P. M. RAUP, Madison/Wisc. 1956.
16. DANTRECK, P. M., and KENNEDY, G. J., *Workshop of Bombay Tenancy Act, 1948, Report on Investigations*, Gokhale Institute of Politics and Economics, Publication No. 35, 1957.
17. DESAI, A. P., Sozialökologische Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Indiens, in: *Zeitschrift f. d. ges. Staatswissenschaft*, Bd. 113 (1957).
18. DESAI, M. B., Struktur- und Produktionsprobleme der indischen Landwirtschaft, in: *Zeitschrift f. d. ges. Staatswissenschaft*, Bd. 113 (1957).
19. DIGBY, MARGARET, Cooperatives and Land Use, FAO Agricultural Development Paper No. 61, FAO, Rom 1957.
20. DIETZE, C. v., Land Consolidation Procedures: A Comparative Analysis, in: *Land Tenure*, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN, P. M. RAUP, Madison/Wisc. 1955.
21. EPPNER, E., *Wirtschaftliches Wachstum in Peru, ein Entwicklungsprozess einzelner Bereiche argentinischer Provinzen*, Bonn 1960.
22. ENTE MAREMMA, Land Reform in the Maremma, Rom 1959.
23. EZZAD, MOHAMMED ABDEL WAHAB, The Land Tenure System of Egypt, in: *Land Tenure*, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN, P. M. RAUP, Madison/Wisc. 1957.
24. FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations), The State of Food and Agriculture, 1953, Part II (Longer Term Prospects), 1957, 1959, Rom.
25. FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations), Yearbook of Food and Agriculture, Statistics, Part I and II, Rom, 1953-1958.
26. FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations), Report on the Center on Land Problems in Asia and the Far East, Bangkok/Thailand, 2. Nov. bis 11. Dez. 1954, Rom, FAO-Stamp Report No. 393, Juni 1955.
27. FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations), Documents prepared for the Center on Land Problems in Asia and the Far East, Bangkok/Thailand, 1954, Rom, FAO, 1955.
28. FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations), Rapport sur le Centre d'Etudes sur les problèmes agraires au Proche-Orient, FAO, Rom 1957.
29. FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations), *Development through Food — A Strategy for Surplus Utilization*, Rome 1961.
29. FLORES, E., Agrarian Reform and Economic Development, in: *Land Tenure*, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN, P. M. RAUP, Madison/Wisc. 1956.
30. FROHNHARTER, S. v., Agrarwirtschaftliche Beziehungen im Iran, in: *Berichte über Landwirtschaft*, Bd. 33 (1955), H. 2.
31. GABALLAH, ELAYAD, The Significance of some Aspects of Islamic Culture for Tenant Adjustments: A Comment, in: *Land Tenure*, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN, P. M. RAUP, Madison/Wisc. 1956.
32. GALLERATH, J. K., and MORTON, W., Problems of Financing Land Distribution, in: *Land Tenure*, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN, P. M. RAUP, Madison/Wisc. 1956.
33. GHONEMY, R. M., Resource Use and Income in Egyptian Agriculture before and after the Land Reform with particular reference to Economic Development, Ph. D. Thesis, North Carolina State College 1953.
34. GHONEMY, R. M., Land Tenure in Egypt from the Economic and Social View Point, Cairo 1956.
35. GHONEMY, R. M., Rationalization of Agriculture in Egypt and the Tenure Problems, unveröffentlichter Bericht, FAO, 1959.
36. HERSKOVITS, M., Some Problems of Land Tenure in Contemporary Africa, in: *Land Tenure*, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN, P. M. RAUP, Madison/Wisc. 1956.
37. HARROD, R. F., *Dynamische Wirtschaft*, Wien 1949.
38. HOFMANN, CHR., Die Landreform in unterentwickelten Ländern. Diss. Erlangen 1960.
39. HOFMANNSTHAL, E. v., Reformen ohne Gewalt auf Formosa, in: *Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanzzeitung*, 14. Jg. (1960), Nr. 4.
40. JACOBY, E. H., Interrelationship between Agrarian Reform and Agricultural Development, FAO, Rom 1953.
41. JACOBY, E. H., The Problems of Vulnerable Communities in Land-Policies, in: *Documentation prepared for the Center on Land Problems in Asia and the Far East*, Bangkok/Thailand, Rom 1955.
42. JOHNSON, V. W., MORTON, J. L., Land Distribution and Industrial Development, in: *Land Economics*, Madison/Wisc. 29 (2), Mai 1953.
43. KOESTNER, N., Randbemerkungen zum Problem „Unterentwickelte Länder“, in: *Wirtschaftsdienst*, Heft 5, 1954.
44. LACOUTURE, J. u. S., *Egypt in Transition*, London 1958 (Methuen).
45. LÜTKE, FR., *Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, I. Auflage, Berlin 1952.
46. MADHAN, S. G., The Need of Institutional Changes in India, Madison/Wisc. 1949.
47. MAREI, SAYAD, Two Years of Agrarian Reform. Higher Committee for Agrarian Reform, Cairo 1954.
48. MAREI, SAYAD, Agrarian Reform in Egypt, Cairo 1957.
49. MEYER A. J., *Middle Eastern Capitalism. Nine Essays*, Cambridge/Mass. 1959.
50. MÜHLMANN, W. E., Okzident und Orient, gestern und heute: Idee und Problematik des Fortschritts, in: *Zeitschrift für die ges. Staatswissenschaft*, Bd. 113 (1957).
51. NANDA, GULZARI LAL, Progress of Land Reform in India, New Delhi 1957.
52. NANAWATI, M. B., ANJARIA, F. J., The Indian Rural Problem, Bombay 1947.
53. NANAWATI, M. B., Beitrag zu: The Spread of Industries into Rural Areas, in: *Proceedings of the Seventh International Conference of Agricultural Economics*, London, New York, Toronto 1951.
54. NIEHUIS, H., Die Rolle der Landwirtschaft in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den Vereinigten Staaten, in: *Offene Welt*, Nr. 60, März/April 1959, Köln.
55. NURKAR, B., Problems of Capital Formation in underdeveloped Countries, in: *Imperial College* 1957.

56. OWADA, KEIKI, The Practical Administrative Aspects of Land Distribution Programs, in: Documentation prepared for the Center on Land Problems in Asia and the Far East, held at Bangkok/Thailand, FAO, Rom 1955.
57. PARSONS, K. H., Land Reform and Agricultural Development, in: Land Tenure, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN and P. M. RAUP, Madison/Wisconsin 1956.
58. QUBAIN, FAHIN I., The Reconstruction of Iraq: 1950-1957, New York 1958.
59. REKSOHADIPRADJO, ISO, and JACOBY, E. H., Workshop Report No. 6, Creating New Farms, in: Documentation prepared for the Center on Land Problems in Asia and the Far East, held at Bangkok/Thailand, FAO, Rom 1955.
60. RICARDO, D., Wert, Rente, Lohn, Profit (On the Principles of Political Economy and Taxation), Sozial-ökonomische Texte, hrsg. von Skalweit, Frankfurt 1946.
61. RUTHENBERG, H., Die Landwirtschaft in der wirtschaftlichen Entwicklung Japans, in: Offene Welt, Nr. 60, April 1959 (Agrarentwicklung).
62. RUTHENBERG, H., Die Rolle der Landwirtschaft bei der wirtschaftlichen Entwicklung Süd- und Ostasiens, in: Agrarwirtschaft, Jg. 8 (1959), H. 4.
63. SÖZERI, SALAHEDDIN, Der Wirtschaftsaufbau in der Türkei nach dem zweiten Weltkrieg, Kieler Studien, Bd. 34, 1955.
64. SCHEIDL, L., Agrarreform in Japan, in: Petermanns Geographische Mitteilungen, Jg. 98, 1954.
65. SCHICKELE, R., and HIMADEH, C. B., Land Reform and Economic Development, in: FAO: Center on Land Problems in the Near East, Salahuddin/Iraq 1955.
66. SCHICKELE, R., Land Reform and Agricultural Production, in: Land Tenure, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN, P. M. RAUP, Madison/Wisc. 1956.
67. SCHICKELE, R., Verbesserung der Agrarstruktur in den unterentwickelten Gebieten, in: Berichte über Landwirtschaft, 168. Sonderheft (Ländliche Sozialforschung), 1957.
68. SCHILLER, O., Agrarverfassung und Agrarreform in Indien, in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 37 (1959), Heft 2.
69. SCHILLER, O., Produktionsförderungs-Genossenschaften in Pakistan, in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 35 (1957), H. 3.
70. SCHILLER, O., Das Agrarproblem der überbevölkerten Gebiete Südasasiens, in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 32 (1954), H. 2.
71. SCHILLER, O., Agrarreform — ein Weltproblem. Die Agrarstruktur der Welt im Lichte der Agrarkonferenz von Madison/Wisc., in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 30 (1952), H. 2.
72. SCHULLERN-SCHRATTENHOFEN, H., Agrarpolitik, Jena 1924.
73. STRISCH-WEIPPERT, Die Eingliederung der Landwirtschaft in die Marktwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 34 (1956), H. 3.
74. STUCKEN, R., Ägypten und Syrien, Entwicklungsbedingungen und Entwicklungschancen, in: Untersuchungen einzelner Entwicklungsländer, Berlin 1960.
75. STUCKEN, R., Geld und Kredit, 2. Aufl., Tübingen 1957.
76. THEIN, BA, Land Tenure and Agrarian Problems of Burma, in: Land Tenure, edited by K. H. PARSONS, R. J. PENN, P. M. RAUP, Madison/Wisc. 1956.
77. United Nations, National Income and its Distribution in Underdeveloped Countries, Statistical Paper Series E, No. 3, N. Y.
78. United Nations, Land Reform, Defects in Agrarian Structure as Obstacles to Economic Development, New York 1951.
79. United Nations, Progress in Land Reform, New York 1954.
80. United Nations, Progress in Land Reform, Second Report, New York 1956.
81. United States Dept. of Agriculture, Agricultural Development of Iran, Iraq and Sudan by Q. M. West, Report No. 12, Washington 1958.
82. WARRINER, DOREEN, Land Reform and Economic Development, Cairo 1955 (National Bank of Egypt).
83. WARRINER, DOREEN, Land Reform and Development in the Middle East. A Study of Egypt, Syria and Iraq, London, New York 1957.
84. WEBER, A., Über den Standort der Industrien, Erster Teil: Reine Theorie des Standortes, 2. Aufl., Tübingen 1922.
85. WHETTEN, N. L., Land Reform in a modern World, in: Rural Sociology, Lexington/Ky, Dezember 1954.
86. WEIPPERT, G., Strukturwandlungen im ländlichen Lebensbereich, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 3. Jg. (1955), H. 2, Frankfurt 1955.
87. WEIPPERT, G., unter Mitarbeit von H. SCHORR, K. HERLT und H. MESENBERG, Die Arbeitskräfte und Sozialverhältnisse der westdeutschen Landwirtschaft im Hinblick auf die Bildung einer europäischen Agrargemeinschaft, in: Gutachten zur Frage der Bildung einer europäischen Agrargemeinschaft, Bonn, 1953.

Inhalt

Einleitung	533
A. Anlässe zur Landreform	533
I. Einige hervorragende Merkmale der Agrarverfassungen unterentwickelter Länder vor den Reformen	533
1. Größe und Anlage der Betriebe	533
2. Formen des Grundeigentums	535
a. Landwirtschaftliches Kleineigentum	535
b. Nichtgutsmäßig (dezentral) verwaltetes Großgrundeigentum	535
c. Gutsmäßig (zentral) verwaltetes Großgrundeigentum	536
d. Gemeineigentum	537
3. Pachtwesen	538
a. Verbreitung der Pacht	538
b. Formen der Pacht	539
4. Zusammenfassung: Ländliche Sozialstrukturen	540
II. Agrarstruktur und Bevölkerungszuwachs	540
1. Produktions- und gesellschaftspolitischer Gesichtspunkt	541
2. Gesichtspunkt der Verteilung und Verwendung des Einkommens	542
3. Außerökonomische Gesichtspunkte	543
B. Maßnahmen der Landreform	544
I. Landreform, Begriff	544
II. Besserstellung des Pächters bei Fortbestand des Rechtsinstitutes der Pacht	545
1. Pachtsicherheit	545
2. Begrenzung der Höhe des Pachtschillings	546
3. Entschädigung für Meliorationsarbeiten des Pächters	546
4. Schwierigkeiten der Einführung und Anwendung der Pachtgesetzgebung ..	546
III. Umverteilung des Eigentums am Boden	547
1. Freiwillige Aufgabe des Eigentums	547
a. Landschenkung	547
b. Freiwilliger Verkauf	547
2. Enteignung	548
a. Größenbeschränkung für das Großgrundeigentum	548
b. Bemessung der Besitzgrößen für die neuen Eigentümer	549
c. Schwierigkeiten bei der Neubemessung der Besitzgrößen	549

3. Ergänzende Maßnahmen	550
a. Verhinderung der Neubildung von Großgrundeigentum	550
b. Bewirtschaftungsreform	550
IV. Die finanzielle Seite der Landreform	552
1. Die Kosten der Landreform	552
a. Abfindung der Alteigentümer	552
b. Die Kosten der Aufbereitung und Verteilung des Landes	553
2. Der Preis für den neuen Eigentümer	553
a. Eigentumserwerb im Wege der Schenkung	553
b. Eigentumserwerb im Wege des Kaufes	553
C. Wirkungen der Landreform	554
I. Wirkungen der Agrarproduktion, Marktleistung und Beschäftigung	554
1. Subjektive Momente	554
a. Traditionalistische und rationalistische Landbevölkerung	554
b. Besonderheiten bei Verbesserung der Stellung des Pächters unter Auf- rechterhaltung der Pacht	554
c. Besonderheiten bei Umverteilung des Eigentums am Boden	555
2. Objektive Momente	555
a. Produktionseffekt	555
b. Beschäftigungseffekt	556
II. Wirkungen auf Verteilung und Verwendung des Einkommens	557
1. Umlenkung der Einkommensströme	557
a. Landbevölkerung	557
b. Staat	558
c. Nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung	558
2. Verwendung der Einkommen	559
a. Einkommen der Grundherren	559
b. Bauerneinkommen	559
III. Ergebnisse	560
Literaturverzeichnis	562

